Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,60 Mark; durch die Post bezogen 2,60 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 100848 Fritz Kreh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Freitag, den 13. Februar 1925 | 5. Jahrgang • Nr. 23

Der Massenmord der Profithyänen

Die Folgen des Antreibersystems: 129 Tote!

Ungeheure Erregung unter der Bergarbeiterbevölkerung

Wir haben bereits gestern kurz zu dem schrecklichen Grubenunglück im Ruhrgebiet Stellung genommen. Unsere Auffassung, daß das Antreibersystem Schuld an dem Unglück trägt, wird durch folgende Originalmeldungen vollauf bestätigt:

(Eig. Drahtm.) Dortmund, 13. Februar.

Alle Zugangsstraßen zur Zeche sind voll von den Bergleuten und den Angehörigen der Toten. Während die meisten außer sich sind vor Schmerz und die Kinder weinen, schweigt die große Menge mit zusammengepreßtem Munde und geballten Fäusten. Nur hier und dort werden Worte laut, die zum Ausdruck bringen, was die Bergarbeiterschaft erfüllt: Empörung, wilder Zorn über das Antreibersystem, über die Profitsucht der Zechenbarone, über die schändlichen Schiedssprüche des Sozialdemokraten Mehlich, über die Verräterei der sozialdemokratischen und christlichen Partei- und Gewerkschaftsführer, über das ganze fluchwürdige kapitalistische System. Es gärt dumpf in der Menge.

*

Die ungeheure Katastrophe auf „Minister Stein" ist auf das wahnsinnige Antreibersystem der Grubenbarone zurückzuführen. Ebenso wie im gesamten Ruhrrevier, zwang die Direktion die Betriebsräte, in einer Schicht drei bis vier Reviere zu befahren, statt nur ein Revier wie bisher. Dadurch wurde das Abkontrollieren der Reviere natürlich vollständig ungenügend und durch die paar eingesparten Reichsmark das Leben der Kumpels aus reiner Profitgier mit ungeheuerlicher Brutalität aufs Spiel gesetzt. Die Kommunisten versuchten sofort, die Belegschaften gegen dieses Vorgehen der Ausbeuter zu mobilisieren, aber die „tariffähigen" Sozialdemokraten, Christen und Hirsche sabotierten auch hier aus Furcht vor wirklichen Kämpfen die Abwehr. Auf vielen Schächten sind die Betriebsräte bereits gezwungen, die Seilprüfung nach der Arbeitszeit vorzunehmen. Verschiedentlich, wie z. B. besonders schroff auf Zeche Werne, wurden Einsprüche der Betriebsräte gegen schadhafte Seile einfach nicht beachtet.

*

Auf der Redaktion der WAZ. erschien ein Maschinist und erklärte, er habe am Montag bereits Wetter der Zeche „Minister Stein" festgestellt und der Verwaltung gemeldet. Trotzdem hat man erst am Tage darauf Maurer zum Verbauen des Gefahrortes geschickt. — Durch diese Aussage wird die offenbare Schuld der Verwaltung noch unterstrichen.

*

Auf einer Sitzung der Preßvertreter, die heute in Dortmund stattfand, gab ein Bergassessor an, daß bis jetzt 106 Tote festgestellt seien. Bisher sind 5 Lebende geborgen worden, die jedoch noch keine Angaben machen konnten. Die Ursachen des Unglücks sind noch nicht festgestellt. Die Bergungsarbeiten, die sehr schwierig sind, werden fortgesetzt.

*

Das Oberbergamt veröffentlicht einen Bericht, wonach sich die Gesamtzahl der Toten auf 129 beläuft, von denen 95 geborgen seien. Bisher sind 7 Verletzte zutage gefördert worden.

*

Letzte Lebenszeichen

Dortmund, 12. Februar.

Bericht einer Bergungskolonne: Wir fanden an einer Stelle 16 Kameraden tot. An der Stollenwand stand mit Kreide geschrieben: „11 Uhr. jetzt machen zwei schlapp." Daraus ist ersichtlich, daß bis 11 Uhr alle noch am Leben waren und alle ganz langsam und mit vollem Bewußtsein auf das gräßlichste im Stollen umkamen. Die Explosion war 8,28 Uhr abends.

*

(Eig. Drahtm.) Dortmund, 13. Februar.

Hier und dort finden die Rettungsmannschaften die letzten Lebenszeichen der getöteten Kumpels. An einer Stelle stand mit Kreide geschrieben: „Mittwoch nacht sind wir noch am Leben." An einer anderen Stelle fand man auf einen Hut geschrieben: „Ich habe bis 11 Uhr gelebt" und an einer dritten Stelle:

„Wir sind verloren. Erkämpft Ihr Euch ein besseres Dasein. Rächt uns an den Kapitalisten, an den Mördern."

Die Forderungen der Bergarbeiter

(Eig. Drahtm.) Dortmund, 13. Februar.

Die am Donnerstag von der KPD. einberufene Massenversammlung nahm folgende Resolution an:

„Die heutige öffentliche Bergarbeiterversammlung gelobt, sich nicht länger so brutal von den Grubenbaronen vergewaltigen zu lassen, um nicht denselben Weg zu gehen, den unsere verunglückten Kameraden gegangen sind. Die Versammlung gelobt, den schärfsten Kampf aufzunehmen gegen die Arbeitermörder und am 1. März die Siebenstundenschicht zu erzwingen. Die Versammlung warnt den Reichsarbeitsminister, einem Schiedsspruch zuzustimmen, der eine länger als siebenstündige Schicht unter Tage und achtstündige über Tage vorsieht. Die Belegschaften der Zechen „Minister Stein" und „Hardenberg" wenden sich in einem Appell an alle Bergarbeiter

am 1. März nach sieben Stunden unter und acht Stunden über Tage den Betrieb zu verlassen.

Die Bergarbeiter fordern außerdem eine Feierschicht für das gesamte Ruhrgebiet für den Tag der Beerdigung der Verunglückten.

Nieder mit den Ausbeutern!

Sofortige Verhaftung der Schuldigen am Unglück!

„Sieben Stunden unter Tage, acht Stunden über Tage!"

Kommunistischer Antrag im Reichstag

Die Reichstagsfraktion brachte folgenden Antrag ein:

Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung wird beauftragt, ab 1. März in allen Bergbaubezirken, die im Gesetz über die Arbeitszeit im Bergbau unter Tage vom 17. 7. 1922 (Reichsgesetzblatt Seite 628) festgelegte Arbeitszeit durchzuführen. Das Reichsarbeitsministerium hat den Schlichtern Anweisung zu geben, bei der Fällung von Schiedssprüchen unter keinen Umständen über sieben Stunden unter Tage, acht Stunden über Tage hinauszugehen.

Die Katastrophe auf der Grube „Minister Stein" und der Reichstag

Der Reichstag „ehrt" die Toten, indem er kommunistische Anträge auf gründliche Untersuchung ablehnt

Bei Eröffnung der heutigen Sitzung des Reichstages gedachte der Präsident Loebe der furchtbaren Opfer, die die Katastrophe auf der Grube „Minister Stein" bei Dortmund gefordert hat. Von 139 eingeschlossenen Bergarbeitern sind 70 bereits als Leichen geborgen, für die übrigen besteht keine Aussicht auf Rettung. Herr Loebe fand für die Opfer des Grubenkapitals warme Worte. Man müsse alles tun, um den Bergarbeitern Schutz, Erleichterung und Besserung ihrer Verhältnisse zu gewähren. (Das Haus hat sich von den Plätzen erhoben.)

Diese Worte sind sehr schön und verraten gewiß Mitgefühl, das der Reichstag oft bekundet hat, **ohne je wirksame Maßnahmen ergriffen zu haben.** Im Gegenteil.

Die Ausbeutung der Bergarbeiter nimmt dauernd schärfere Formen an.

Die Unsicherheit im Grubenbetriebe wird immer größer. **Die Grubenunglücke häufen sich in erschreckendem Maße** in dem Grade, wie sich die Ausbeuterpolitik der Grubenkapitalisten verschärft. In lebhafter Erinnerung stehen noch die Unglücke in Oberschlesien, bei denen **150 Tote unter Tage** geblieben sind, nicht minder auch das Unglück von der Alwerdsgrube, bei dem **45 Bergarbeiter ihr Leben** lassen mußten. Die Leichen dieser Bergarbeiter sind erst vor einigen Wochen zutage gefördert worden, obwohl das Unglück anderthalb Jahre zurückliegt.

Um diesen Zuständen ein Ende zu bereiten, beantragte

Genosse Jaddasch, Bergarbeiter aus Oberschlesien

namens der kommunistischen Fraktion, sofort folgenden Antrag auf die Tagesordnung zu setzen:

a) Angesichts der sich immer mehr häufenden schweren Grubenunfälle sofort eine Untersuchungskommission von 18 Mitgliedern einzusetzen,

b) zu dieser Kommission 18 in den Gruben tätige Bergleute hinzuzuziehen.

(Fortsetzung auf Seite 2.)

Richter vor der Verhaftung!

Herausschmiß der Kommunisten aus dem Untersuchungsausschuß, um die Aufdeckung der Verbrechen Richters zu verhindern

Das WTB. meldet:

Laut „Lokal-Anzeiger" haben die Ermittelungen neues Materiel in der Barmat-Affäre ergeben, durch das Polizeipräsident Richter nicht nur der passiven Beamtenbestechung, sondern auch der Begünstigung und anderer Delikte beschuldigt wird, so daß das Ermittelungsverfahren und die Untersuchung gegen ihn eingeleitet wurde.

*

(Eig. Drahtm.) Berlin, 12. Februar.

Im Barmat-Ausschuß kam es gestern zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen Kommunisten und dem Vorsitzenden Leidig. Im Auftrage der Fraktion verlangte der Genosse Kollwitz, daß morgen unter allen Umständen der Zuschauerraum für die zur Sache zu vernehmenden Zeugen gesperrt werde, um so die Vertuschungsgefahr zugunsten Barmats und seiner Freunde zu vermindern. Die Kommunisten bezeichneten die Verhandlungen des Ausschusses als Komödie. Der Vorsitzende Leidig erteilt darauf dem Genossen Kollwitz zwei Ordnungsrufe und ließ **durch den bereits als Zeuge vernommenen und im Saal noch anwesenden Polizeipräsidenten Richter die Polizei in den Saal rufen.**

Es erschienen auf Befehl Richters vier Schutzpolizeibeamte in voller Bürgerkriegsausrüstung und warfen den Kommunisten aus dem Saal.

Die mit anwesenden Fraktionsgenossen Hoffmann und Gohlke verließen ebenfalls den Saal, damit erneut zum Ausdruck bringend, daß **die ganzen Verhandlungen des Ausschusses als Komödie zu bewerten sind.**

*

Diese wenigen, aber schlagenden Meldungen zeigen auf das deutlichste, wie die Situation steht. Die letzte Amtshandlung, die der Polizeipräsident von Berlin, der Sozialdemokrat **Richter**, vorgenommen hat, ist der Herauswurf der Kommunisten aus dem Untersuchungsausschuß in der Barmat-Angelegenheit gewesen. Wenige Stunden später hat diesen Verbrecher schon die Nemesis ereilt. Wahrhaftig, mit der Sozialdemokratie geht es rasend zu Ende! Ihre höchsten Spitzen sind Zuchthauskandidaten. Die nächsten Tage werden noch große Ueberraschungen bringen und die Risse, die in der Sozialdemokratischen Partei bestehen, nur noch vertiefen.

Es kann nicht mehr lange dauern, dann **wird dem Barmat-Skandal** auch der Nachfolger Bebels, der **Parteivorsitzende** der Sozialdemokratischen Partei, **Wels**, zum Opfer **fallen. Ihn hat** ein jetzt zur Demokratie übergetretener, früherer **Fraktionskollege** des ehemalige Staatssekretär August Müller als den **Hauptinitiator in der ganzen Barmat-Angelegenheit** bezeichnet.

Der Arbeitertöter **Kuttner** ist ebenfalls aufs schwerste belastet. Auch den Burschen **Heilmann** muß in den nächsten Tagen sein Schicksal ereilen.

Wie in der bürgerlichen Presse verlautet, wird dem ehemaligen Reichskanzler **Bauer** der Prozeß gemacht werden **wegen Steuerhinterziehung und unrechtmäßiger Devisenschiebung.**

Unter diesem Gesichtswinkel zeigt der Herauswurf der Kommunisten aus dem Barmat-Untersuchungsausschuß mit aller Deutlichkeit, wie den bürgerlichen Parteien, eingeschlossen den Deutschnationalen, der Skandal über den Kopf wächst und sie alle zusammen mit in den riesigen Strudel hineinreißt. Die man rief, die Geister, wird man nun nicht los. Jetzt sind sich alle bürgerlichen Parteien darüber einig, **so schnell wie möglich den Barmat-Ausschuß zu liquidieren und alles zu vertuschen, was nur zu vertuschen noch möglich ist.** Das und nichts anderes hat der Herauswurf der Kommunisten aus dem Barmat-Ausschuß zu sagen. Die werktätige Bevölkerung aber in ganz Deutschland wird dieses Signal verstehen können. Sie wird erkennen, daß nur die Kommunisten ernstlich gegen den Barmat-Skandal kämpfen und daß eine Reinigung nur möglich ist, wenn sich die Arbeiter **zur roten Front auf dem Boden des unerbittlichen Klassenkampfes zusammenschließen unter dem Banner der einzigen Arbeiterpartei, der KPD.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250213-15/fragment/page=0001

Der Zweck dieser Kommission soll sein, näher auf die Ursachen der Unfälle einzugehen, und zwar deshalb, weil der begründete Verdacht besteht, daß die sich **immer mehr auswirkende Ausbeutung der Bergarbeiter solche Unglücke in der Zukunft nicht verhindern, sondern steigern wird.** Für die Sitzung am Freitag beantragte Genosse Jaddasch weiter folgende Interpellation als ersten Tagesordnungspunkt zu beschließen:

Ist die Regierung gewillt, unverzüglich alle Maßnahmen zum Schutze der gefährdeten Bergarbeiter zu ergreifen?

Ist sie insbesondere gewillt, den Ausbau der Rechte der Betriebsräte zum Schutze von Leben und Gesundheit der Bergarbeiter zu sichern?

Der Präsident Loebe beantragte, angesichts der Majestät des Todes heute keinerlei Streitfragen aufzubringen und die Anträge am Freitag zu behandeln. Demgemäß unterblieb heute die Beratung. Daß aber die Parteien des Reichstages angesichts der neuen ungeheuren Todesopfer der Profitmacherei in den Grubenbetrieben nicht gewillt sind, wirksame Maßnahmen zum Schutze des Lebens der Bergarbeiter zu ergreifen, das zeigte die Geschäftsordnungsdebatte am Schluß der Sitzung.

Der Präsident Loebe schlug für die Sitzung am Freitag die Weiterberatung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums vor und teilte mit, daß außer den Anträgen der Kommunisten aus Anlaß des Grubenunglücks bei Dortmund noch ein Antrag der SPD. eingegangen sei, vier Mitglieder des Reichstages zu bestimmen, die zusammen mit der Ständigen Preußischen Grubensicherheits-Kommission an der Untersuchung des Unglücks teilnehmen sollen. Limperz (SPD.) verlangte, diese vier Mitglieder von den Fraktionen der Deutschnationalen, der Demokraten, des Zentrums und der Sozialdemokraten bestimmen zu lassen, da der Preußischen Kommission bereits ein Kommunist und ein Volksparteiler angehören. Dem widersprach Genosse Stöcker, der beantragte, fünf Reichstagsabgeordnete zu bestimmen, damit auch ein kommunistischer Reichstagsabgeordneter an der Kommission teilnimmt. Darüber hinaus müsse es aber bei dem Antrag auf

Einsetzung einer allgemeinen Untersuchungskommission

bleiben. Es handle sich nicht allein um das Unglück bei Dortmund, sondern um eine generelle Untersuchung der gesamten Lage der Bergarbeiter hinsichtlich der Gefahren, die mit ihrem Berufe verbunden sind.

Hier trat sofort die **schwarzrotgoldene und schwarzweißrote Blockgemeinschaft** in Erscheinung. Der volksparteiliche Abg. Winnefeld und der Zentrumsmann Becker (Arnsberg) erhoben Widerspruch gegen die Beratung der kommunistischen Anträge im Reichstag. Mit der lächerlichen, heuchlerischen Begründung, ehe die kommunistischen Anträge beraten werden könnten, müsse die Ursache des Dortmunder Unglücks erst durch die Sicherheitskommission geprüft sein.

Genosse Höllein geißelte die heuchlerischen Vorwände nach Gebühr.

Die Mehrheit des Reichstages, einschließlich der Sozialdemokraten, bestand indessen auf ihrem

Vertuschungsmanöver.

Der Antrag der Kommunisten, fünf Mitglieder des Reichstages in die sogenannte Sicherheitskommission zu entsenden, wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Auch der Antrag, die kommunistischen Anträge am Freitag auf die Tagesordnung zu setzen, fand **keine Annahme.**

Damit hat der Reichstag dokumentiert, daß seine „Ehrung" der ten des Dortmunder Grubenunglücks nichts als eine heuchlerische mödie gewesen ist.

Hasterleichterung für Hoesle

Es ist ja nur ein Schieber, kein Kommunist

elle sitzt nunmehr endlich im Moabiter Untersuchungsgefängnis. ll, wie die „Leipziger Neueste Nachrichten" melden, in der nach Möglichkeit Erleichterungen erhalten. — Ein Kommentar rigt sich.

e neueste Meldung besagt bereits:

er ehemalige Postminister Dr. Hoefle ist gestern in das Lazarett Untersuchungsgefängnisses übergeführt worden. Der Medizinal-Dr. Thiele, der in einer Verhandlungspause des Leipziger cheka"-Prozesses nach Berlin gekommen ist, hat die Untersuchung genommen und sich für das vorläufige Verbleiben Hoesles im zarett ausgesprochen.

Hoesle, der fromme Zentrumsschieber,

jetzt „schwer krank", wie sein Aussehen zeigt . . .

Neue Verhaftungen

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 13. Februar.**

Im Barmat-Kutisker-Seehandlungs-Skandal sind gestern die bekannten Rechtsanwälte Justizrat Dr. Werthauer und Dr. Engelbert wegen Beihilfe zum Betrug zum Schaden der Seehandlung und Beihilfe zum Konkursverbrechen verhaftet worden.

Häng dich nicht auf!

aus Verzweiflung über die reaktionäre Luther-Regierung und ihre Trabanten, die SPD. Schließe Dich der Kommunistischen Partei an nd hilf, die Regierung der Schwerindustrie zu beseitigen.

Der Kronzeuge im Leipziger Spitzelprozeß

Gewiß muß man zugeben, und das wird nie von uns geleugnet werden, daß Felix Neumann von Hause aus ein ehrlicher Arbeiter, wie tausend andere, gewesen ist. Wie wir bereits mitgeteilt haben, ist Neumann lange Zeit während des Krieges in den verschiedensten Irrenanstalten gewesen. Diese Tatsache ist ebenso dokumentarisch wie diejenige, daß auch seine nächsten Verwandten Neumann als einen Epileptiker, als einen Irrsinnigen mit **blühender Phantasiekraft** bezeichnet haben.

Die Ereignisse von 1923 haben Neumann aufs stärkste innerlich erregt, haben seine Phantasie, seine Energie in einem ungeahnten Maße gestärkt, daß er einen gewissen Einfluß in der Partei gewinnen konnte. Neumann denkt im Rahmen seiner Aussagen logisch. Seine Phantasie ist, einmal in eine Linie hineinbewegt, vollkommen folgerichtig, so daß es schwer ist, seinen pathologischen Charakter zu erkennen. Der begeisterte Revolutionär von 1923 ist dadurch, daß die Verhältnisse damals nicht zur Auslösung gekommen sind, vollkommen zusammengebrochen. Die lange Untersuchungshaft hat ihr übriges dazu getan, daß Felix Neumann zu dem geworden ist, als was er sich heute zeigt.

Neumann ist nicht von vornherein ein Spitzel gewesen. Er ist es erst im Laufe der Zeit durch die Ereignisse, die über ihn hereingebrochen sind, geworden. Es mag möglich sein, daß Neumann Dinge im Jahre 1923 inszeniert hat, die seinem damaligen Draufgängertum entsprachen. Er hat sie damals vollkommen individuell getan, und er wußte, daß diese Dinge mit der Partei nichts zu tun hatten und haben konnten. Heute sucht er für alle diese seine Handlungen den Beweis zu erbringen, daß er sie im Auftrage der Partei getan hat. Man wird also das Hauptaugenmerk in dem „Tscheka"-Prozeß darauf richten müssen, diejenigen Fäden, die er augenblicklich von seinen Handlungen zur Partei spinnt, als das zu entlarven, was sie sind: als einen ungeheuren Schwindel.

Der Hauptbelastungszeuge im „Tscheka"-Prozeß gehört nicht zu jener Sorte der massiven Spitzel, wie wir sie bis jetzt erlebt haben. Darum müssen die Kommunisten mit allen Mitteln der modernen Seelenforschung einerseits und der juristischen Schärfe andererseits den Kronzeugen im „Tscheka"-Prozeß Felix Neumann entlarven, hinter dem geschäftig und fördernd der ganze Apparat der bürgerlichen Justiz des Leipziger Staatsgerichtshofes steht. Die Kommunisten werden darüber hinaus darauf dringen müssen, daß neben den Zeugenaussagen des Neumann vor allem auch die Zeugenaussagen der anderen Angeklagten geltend gemacht werden. Es darf dem Staatsgerichtshof nicht möglich gemacht werden, nur diesen ihm genehmen Zeugen ins Feld zu führen und die Zeugenaussagen der anderen, die dem Neumann widersprechen, totzuschweigen.

Die Illustrierte „Reichsbanner"-Zeitung bankrott

Seit der Verhaftung der Barmat und Kutisker geht es dem „Reichsbanner" schlecht. Nun ist auch die Illustrierte „Reichsbanner"-Zeitung in Konkurs geraten, sie ist in der letzten Zeit nicht mehr erschienen. Die Angestellten des Verlages, Corneliusstraße 4/5, sind dabei um ihr Gehalt betrogen worden. Sie haben ihr Gehalt für Januar nicht erhalten und man hat sie mit 5 bis 10 Mk. abgespeist. Ebenso geht es den jungen, beim Verlag beschäftigten Arbeitern, die schon zwei bis drei Wochen keinen Lohn haben. Dagegen beziehen die Redakteure nach wie vor ihr Gehalt, auch Gustav Krüger, der nur beurlaubte Polizeioberst von Magdeburg.

Es geht reißend bergab mit dem Reichsbanner. Ein großer Teil der Arbeiter, die anfänglich getäuscht worden sind, hat dieser faszistischen, von Unternehmergeldern ausgehaltenen Organisation zur Niederknüppelung der Arbeiter bereits den Rücken gekehrt.

Richters Polizeipräsidium

„Pfui Deibel! Wo so ein Sozialdemokrat sich hinsetzt, entwickeln sich ganze Wolken von Gestank"

Die Dortmunder Polizei beschlagnahmt das „Ruhr-Echo", anstatt die Schuldigen zu verhaften

(Eig. Drahtm.) **Dortmund, 13. Februar.**

Das Extrablatt des „Ruhr-Echo", das zu dem Unglück auf der Zeche „Minister Stein" Stellung nahm und die Arbeiterkampf auffordert, wurde von der Dortmunder Polizei beschlagnahmt unter der Führung des Sozialdemokraten Lübbring. Die Verteiler wurden verhaftet, jedoch nach Feststellung ihrer Personalien wieder freigelassen. Eine zweite Auflage des „Ruhr-Echo" wurde trotzdem verteilt und von den Bergarbeitern mit Zustimmung aufgenommen.

Immer wieder Kommunistenhatz

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 13. Februar.**

In Neubrandenburg wurden nach stattgefundener Haussuchung sechs Kommunisten verhaftet. Unter ihnen befindet sich der mecklenburgische Landtagsabgeordnete Raeß.

Die Arbeitslosigkeit steigt im Dawes-Paradies

Berlin, 12. Februar.

Von Mitte Januar bis 1. Februar erhöhte sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 586 000 auf 591 000. Das weitere Anschwellen der Erwerbslosenziffern ist im Gange, da gerade in den letzten Tagen wieder sehr viele Betriebsstillegungen gemeldet werden.

Aus dem Reichstag

Eine neue Steuerschmach der Ebert-Republik

Am Dienstag, dem 10. Februar, informierte die Reichsregierung den Steuerausschuß des Reichstages über ihre Pläne. Die Rede des Staatssekretärs Dr. Popitz ließ erkennen, daß die neue Reichsregierung entschlossen ist, die sogenannte Besitzsteuer erheblich zugunsten des Kapitals abzubauen, die Steuern dagegen, die die breiten Massen und die Lohn- und Gehaltsempfängerschaft belasten, **über das heutige Maß hinaus zu verschärfen.** Popitz führte aus: Wenn man auch die Steuersätze der Friedenszeit nicht wieder herstellen könne, so müßten gleichwohl die jetzt in Geltung befindlichen Steuersätze erheblich **abgebaut werden.** Eine Belastung des Einkommens von 33⅓ Prozent bei dem allerhöchsten Einkommen halte er für das psychologische Steuermaximum, und dieses Maximum solle auch erst bei einem **jährlichen Einkommen** von über 600 000 Mk. eintreten.

Die Genossen Koenen und Höllein stellten an den Staatssekretär Popitz fortwährend Fragen, die dieser geflissentlich zu ignorieren wußte. Sie erläuterten, wie die seit dem 1. Januar 1924 progressiv fortschreitende Verschiebung des Verhältnisses zwischen den Besitzsteuern und den Massenbelastungssteuern auch durch die Steuerreform fortgesetzt werden soll. Schutz der sogenannten Substanz der Wirtschaft und Weg frei für eine **neue Kapital-Akkumulation auf Kosten der Arbeiterschaft,** das sind, wie vom Genossen Koenen wirksam unterstrichen wurde, die Losungen der Luther-Regierung in der Steuerfrage. Gen. Koenen forderte weiter die **öffentliche Auslegung der Steuerlisten** zur Hebung der vor die Hunde gestohlenen Steuer-Moral des deutschen Kapitals. Er propagierte weiter die Kontrolle der Steuerveranlagung durch die Betriebs- und Angestelltenräte, die **Aufhebung des Bankgeheimnisses** in Steuersachen und **die Umgestaltung der Steuerstatistik** nach klaren durchsichtigen Grundsätzen. Von einer Auslegung der Steuerlisten und einer Mitwirkung der Betriebsräte bei der Steuerveranlagung der Kapitalisten will die Regierung nichts wissen. Es ist also kein Wunder, daß der deutschnationale Redner der Luther-Regierung den besonderen Dank der kapitalistischen Raffkes für ihre Steuerreformpläne zum Ausdruck brachte.

Die Immunität von Heckert und Pfeiffer

Im Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages wurde am Mittwoch, dem 11. Februar, die Beratung über den Hetzentlassungsantrag der Kommunisten fortgesetzt. Die Genossen Münzenberg und Stöcker wiesen besonders darauf hin, daß der Reichstag hier zum ersten Male seine bisherige Praxis, **die Immunität nur auf Grund konkreter individueller Delikte aufzuheben, verlasse und ganz generell aus politischen Motiven die Immunität aufhebe.** Es handele sich um einen Tendenzprozeß allerschlimmster Art, denn bei der Aufhebung der Immunität von Heckert und Pfeiffer werde sachlich auch über die Aufhebung der Immunität von **Remmele, Stoecker, Koenen, Koernle, Zetkin, Ruth Fischer und Katz** entschieden. Selbst die beiden Sozialdemokraten **Landsberg** und **Levy** wandten sich gegen die Aufhebung der Immunität. Während Landsberg für die Fortsetzung des Verfahrens plädierte, obwohl er die Beschuldigung gegen die betreffenden Abgeordneten, an Mordplänen beteiligt zu sein, für eine unbewiesene Konstruktion des Oberreichsanwalts hielt, plädierte Levy für die Annahme des kommunistischen Antrages auf Einstellung des Verfahrens.

Sozialpolitischer Ausschuß

Am Mittwoch trat der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages zusammen, um zu folgendem kommunistischen Antrag Stellung zu nehmen:

Um die trostlose Lage der Kurzarbeiter und der Erwerbslosen sofort erträglicher zu gestalten, fordert der Reichstag: Eine sofortige zur Auszahlung kommende Wirtschaftsbeihilfe wird allen Erwerbslosen, und zwar für Verheiratete 200 Mk., für Ledige 150 Mk., für jedes unterstützungsberechtigte Kind oder für sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 50 Mk. Bei der Abstimmung stimmten nur die Vertreter der kommunistischen Fraktion für diese Anträge. **Die Bürgerlichen, einschließlich der Sozialdemokraten, stimmten dagegen.**

Vom Bildungsausschuß

In der Sitzung des Bildungsausschusses des Reichstages am Mittwoch lagen Anträge des Zentrums und der Deutschnationalen vor, die die Erweiterung und Verschärfung des Lichtspielgesetzes und Vorlage eines Gesetzentwurfes zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur verlangten, sowie Schutz der Jugend bei öffentlichen Schaustellungen usw.

Der Staatssekretär versprach sofortige Erfüllung aller Wünsche. Nach seiner Mitteilung ist alles in Fluß. Was dabei herauskommt, kann man ermessen, wenn man sich die von der Regierung vorgeschlagenen Aenderungen des Lichtspielgesetzes ansieht. Strafbestimmungen auch gegen Jugendliche, die ihnen verschlossenen Lichtspielvorführungen besuchen, nicht lediglich gegen die Theaterbesitzer, wie bisher — das ist der Weisheit letzter Schluß.

Genosse Torgler wies in kurzen Worten darauf hin, daß es viel wichtiger sei, nach den Ursachen zu forschen und diese zu beseitigen. Die jämmerlichen Wohnungsverhältnisse treiben die Jugend auf die Straße oder ins Kino, bürgerliche Filmunternehmer stellen aus Profitinteresse schmutzige Filme her, bürgerliche Theater zeigen Nachttänze. Den besten Dienst erweist man der Jugend nicht mit Verboten, sondern indem man mit ihr für die Beseitigung dieser verfaulten bürgerlichen Gesellschaft kämpft.

Die Klassenjustiz des Staatsgerichtshofes vor dem Haushaltsausschuß

Der den Rechtsparteien angehörige Abgeordnete **Lohmann** und **Hampe** hatten darüber Beschwerde geführt, daß man einen unzulässigen Druck auf die Richter ausübe, indem man sie vor die Alternative stelle, entweder auch beim Staatsgerichtshof tätig zu sein oder auf die Einberufung zum Reichsgericht zu verzichten.

Der Vertreter des Reichsjustizministeriums mußte alle diese Tatsachen zugeben. Er führte aus, daß tatsächlich unter den Mitgliedern des Reichsgerichts eine große Abneigung dagegen bestehe, sich in das **„politische" Getriebe des Staatsgerichts hineinziehen zu lassen.** Deshalb sei die Regierung, wenn sie Richter für den Staatsgerichtshof haben wolle, nichts übriggeblieben, als die verherige Betragung der für das Reichsgericht in Aussicht genommenen Richter darüber, ob sie auch beim Staatsgerichtshof mitzuwirken bereit wären.

In der heutigen Sitzung wurden diese interessanten Enthüllungen über das **„politische Getriebe"** fortgesetzt. Es herrschte allgemeine Uebereinstimmung darüber, daß die Zustände im Staatsgerichtshof **unerträglich** geworden sind; auch ein hervorragender Vertreter der Deutschen Volkspartei und sogar des Zentrums sprachen sich für die **Beseitigung dieses politischen Tribunals** aus.

„Diese politische Drecklinie", wie selbst bürgerliche Abgeordnete die Politisierung des Staatsgerichtshofes bezeichnen, färbe auch auf das Reichsgericht, den obersten ordentlichen Gerichtshof des Deutschen Reiches, ab. — Unser kommunistischer Redner wies darauf hin, daß das Verfahren des Staatsgerichtshofes in den gegenwärtigen Monstreprozessen **mit einem Gerichtsverfahren überhaupt keine Aehnlichkeit mehr habe.** Der ganze Staatsapparat würde in diesem Prozeß aufgeboten zu einer rein politischen Verfolgungsaktion gegen eine politische Partei und gegen das revolutionäre Proletariat. Wenn es nicht **eine Beleidigung für die russische „Tscheka"** wäre, **so müßte man den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik als die deutsche „Tscheka"** bezeichnen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250213-15/fragment/page=0002

Eine Kampffront aller Bergarbeiter!

Die Ruhrbergarbeiter lehnen Mehliches Schandspruch ab — Unzulänglicher Schiedsspruch für den mitteldeutschen Bergbau

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben:

Nach Ablehnung des Mehlich-Skandspruchs durch die Funktionäre des BAV. haben in seltener Einmütigkeit auch die anderen Bergarbeiterorganisationen den Schiedsspruch abgelehnt. Die Kumpels sind nicht mehr gewillt, die für die mit Milliardengeschenken gefütterten Schwerausbeuter acht Stunden unter Tage und zwölf Stunden über Tage zu schuften. Eine in Essen tagende Funktionärkonferenz des Gewerkvereins der christlichen Bergarbeiter hat einstimmig den Schiedsspruch abgelehnt und folgende Entschließung gefaßt:

Die Konferenzvertreter lehnen den Schiedsspruch ab, weil er den berechtigten Interessen der Bergarbeiter in keiner Weise gerecht wird. Gegenüber dem Vorjahre ist eine Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage eingetreten. Im Ruhrgebiet ist somit eine Besserung der Lage festzustellen, so daß eine Beschränkung der Mehrarbeit und ein tariflicher Zuschuß für die zu leistende Mehrarbeit sehr gut erfolgen kann. Der Schiedsspruch sieht weder eine Verkürzung der Arbeitszeit vor, noch eine tarifliche Beschränkung der Arbeitszeit. Dieser Schiedsspruch muß von allen Bergarbeitern nicht mit Entrüstung abgelehnt, sondern auch aufs schärfste bekämpft werden. Wir erwarten vom Reichsarbeitsministerium, daß es diesen Schiedsspruch nicht für verbindlich erklärt."

★

Das Schiedsgericht für den mitteldeutschen Bergbau fällte einen Schiedsspruch dahingehend, daß für den Bezirk des Mansfelder Kupferschiefer-Bergbaues eine Lohnerhöhung von 20 Prozent eintreten habe. Der Häuerlohn erhöht sich von 3,10 Mark auf 3,75 Mark und die Löhne der übrigen Kategorien in ähnlichem Verhältnis. Die Annahmefrist läuft am 17. Februar ab.

*

Die Lohnerhöhung von 20 Prozent ist bei weitem kein Ausgleich der Preissteigerungen in den letzten Monaten. Es ist statistisch festgestellt, daß die Preise für alle Bedarfsartikel in dem letzten halben Jahre um mindestens 40 Prozent gestiegen sind. Wenn man also jetzt den Bergarbeitern nur 20 Prozent bewilligt, so ist das die alte infame Methode aus der Inflationsperiode, den Bergarbeitern bei scheinbarer Erhöhung der Löhne den Reallohn in Wirklichkeit zu kürzen.

Die mitteldeutschen Bergarbeiter müssen sich an der Einmütigkeit der Ruhrbergarbeiter ein Beispiel nehmen. Auch sie müssen in geschlossener Front aufmarschieren, um gemeinsam mit den vor erbitterten Kämpfen stehenden Ruhrbergarbeitern menschenwürdige Löhne zu erobern.

Die Steuergesetze des Luther-Kabinetts

Im Steuerausschuß des Reichstages sind die Steuergesetze des Kabinetts Luther vorgelegt worden. Wie nicht anders zu erwarten war, enthalten sie große Erleichterungen für die Bourgeoisie. Die Einkommensteuer soll ermäßigt werden, aber nur für die Bourgeoisie. Die Lohnsteuer bleibt weiter im vollen Umfange bestehen. Als zweite Maßnahme ist vorgesehen, daß die Einsprüche der Bourgeoisie gegen die Steuerveranlagung größeren Erfolg haben. Daher sollen die **Kosten für das Einspruchsverfahren** herabgesetzt, die Finanzgerichte geändert werden. Weil sich herausgestellt hat, daß ein Teil der Steuerbeamten, die ja selbst einen sehr geringen Lohn erhalten, glaubt, die Bourgeoisie wenigstens im Rahmen der Gesetzgebung heranziehen zu können. **Die Steuerhinterziehung zu steigern, das ist der Sinn der Aenderung der Finanzgerichte.**

Die dritte Maßnahme, die die Steuergeschenke des Kabinetts Luther an die Bourgeoisie steigert, ist die Umformung der Bewertung des Vermögens. Anstatt daß, wie bisher, die Finanzämter die Bewertung vornehmen, soll sie jetzt durch einen Bewertungsausschuß, der zum großen Teil aus „Laienmitgliedern" besteht, vorgenommen werden. Das bedeutet, daß die Bourgeoisie selbst einen großen Einfluß auf die Steuerbewertung hat, den sie natürlich durch Minderbewertung in ihrem Sinne ausnutzt.

Vor allem wird aber bei der Einkommensteuer eine Maximalbesteuerung von 33⅓ Prozent festgesetzt, die bereits für alle Einkommen von 600 000 Mk. gilt. **Eine höhere Besteuerung findet nicht statt!** Desgleichen sind **große Ermäßigungen** bei der Kapitalverkehrssteuer und Erbschaftssteuer vorgeschlagen.

Im ganzen also bietet der neue Steuerentwurf große Geschenke für die Bourgeoisie. Und für das Proletariat? An die Kürzung der 10 Prozent Lohnabzug denkt die Bourgeoisie von den Völkischen bis zur Sozialdemokratie natürlich nicht. Die Sozialdemokratie war es ja, die sich immer besonders warm für den Lohnabzug eingesetzt hat. Darüber hinaus aber wird festgestellt:

Was das Problem des steuerfreien Lohnbetrages betreffe, so ist bei aller Würdigung des sozialen Elements, das dadurch in die Besteuerung hineingetragen wird, eine Heraufsetzung des steuerfreien Lohnbetrages nicht wohl erträglich.

Ebenso wird die Umsatzsteuer aufrechterhalten.

Dagegen sollen die Verbrauchssteuern auf Branntwein, Tabak und Bier erhöht werden.

Das Proletariat soll also noch stärker als bisher ausgebeutet werden. Bereits im Finanzjahr 1924 (April bis Dezember) trug das Proletariat **70 Prozent der Einnahmen des Reiches**, d. h. trug es durch Lohnabzug, direkte Besteuerung und indirekte Steuern 70 Prozent der Summe, die zur Aufrechterhaltung des Staates, des Unterdrückungsinstrumentes in der Hand der Bourgeoisie dienten.

Wie die Bourgeoisie auf dieses Geschenk der Luther-Regierung reagiert, ist am besten daraus ersichtlich, daß der deutschnationale Abgeordnete Preyer erklärte, daß die **Steuerpläne der Luther-Regierung ein „sehr erfreulicher Ausblick für die Zukunft" seien.** Die Arbeiterklasse muß sich gegen diesen neuen Raubzug der Schwerindustrie auf die Taschen der Proleten energisch zur Wehr setzen und in Betrieben und Gewerkschaften die rote Front schaffen, die unter Führung der Kommunistischen Partei die Luther-Regierung samt ihren Anhängseln zum Teufel jagt.

Die Steuerpolitik der Luther-Regierung

Den Ruhrbaronen die Millionen,
Den Proleten blaue Bohnen.

Die Gründe für die weitere Vertagung der Räumung Kölns

Militärkontrollbericht und Sicherheitspakt

London, 12. Februar.

Der „Evening Standard" meldet, daß auf der bevorstehenden Konferenz der Ministerpräsidenten und Außenminister von Frankreich und England zunächst die Frage der Militärkontrolle und der Räumung Kölns (!) und im Anschluß daran erst die Schuldenfrage im Zusammenhang mit dem Sicherheitspakt behandelt werden sollen.

Der Hamburger Oktoberaufstand vor Gericht

Von Richard Schaible

Wir bringen hiermit noch einmal eine zusammenhängende Würdigung des Hamburger Prozesses aus der berufenen Feder des Genossen Schaible, der selbst im Hamburger Prozeß angeklagt ist und gegen den eine fünfjährige Festungshaft beantragt wurde.

Mit den Worten, „Der Kommunistenprozeß zu Köln selbst brandmarkt die Ohnmacht der Staatsmacht in ihrem Kampf gegen die gesellschaftliche Entwicklung", blickte 1875 Karl Marx auf den 1852 durchgeführten Kommunistenprozeß zurück, mit dem die preußische Staatsanwaltschaft die kommunistische Bewegung erdrosseln wollte. Beim Kommunistenprozeß in Hamburg, der in diesen Tagen durchgeführt wird, bedarf es keiner 22 Jahre, um die Ohnmacht der Staatsmacht gegenüber der kommunistischen Bewegung festzustellen, sie zeigte sich bereits am ersten Verhandlungstage.

Schritt um Schritt mußte der Vertreter der Staatsmacht, der Staatsanwalt Reuter, von seiner in eineinhalb Jahren mit denselben Mitteln der Spitzelei wie 1852 kunstvoll aufgebauten Aufgabe zurückweichen. Seine eigenen Belastungszeugen werden nicht den angeklagten acht Kommunisten, sondern der Staatsmacht gefährlich.

Da ist der Spitzel Selbiger. Aktenband um Aktenband wurde mit seinen erfundenen Spitzelangaben gefüllt. Und die Spitzellügen wanderten in die Hände der sozialdemokratischen Bürgerschaftsabgeordneten Leuteritz und Perner, die nun in der Bürgerschaft als Ankläger gegen die KPD. auftreten zu können glaubten. Sie dienten dazu, monatelang die kommunistischen Abgeordneten widerrechtlich in Haft zu behalten. Sie wurden im Reichstag verwandt, um die Aufhebung der Immunität des Genossen Thälmann und die Verweigerung der Haftentlassung des Genossen Urbahns zu erreichen. Und heute muß der Staatsanwalt erklären:

„Die Beurteilung des Selbiger durch die Angeklagten ist wohl dieselbe als wie durch die Staatsanwaltschaft."

Der von der politischen Polizei und der Staatsanwaltschaft gegen die Kommunisten benützte Spitzel ist so sehr als Lump entlarvt, daß der Vertreter der Staatsmacht fürchtet, die neudeutsche Republik könne durch ihn sehr kompromitiert werden. So ließ man bereits in der Voruntersuchung Selbiger fallen, so vermeidet man ängstlich jede Erwähnung Selbigers. Das war die erste Niederlage der Staatsanwaltschaft.

Der andere Spitzellump, der gegen die Hamburger Kommunisten Kronzeuge sein sollte, ist der ehrenwerte Herr Felix Neumann, Vorsteher aller antikommunistischen Hetze, der Scheinangeklagte und Hauptspitzeljunge im kommenden Prozeß gegen die angebliche „Deutsche Tscheka". Monatelang heulte die Presse vom „Vorwärts" bis zur „Deutschen Zeitung" über kommunistischen Meuchelmord, „Tscheka" und Cholerabazillen. Sie machte damit die Begleitmusik zum Ueberfall auf die russische Botschaft, auf die Reichstags- und Landtagsfraktion der KPD. jetzt, im Urbahns-Prozeß, sollte Neumann den Beweis einer großen kommunistischen Verschwörung im Herbst 1923 liefern. Der Beweis sollte erbracht werden, daß der Oktoberaufstand nicht die Antwort der Arbeiter auf Militärdiktatur und Ausbeutung, auf den bayrischen Staatsstreich und den Staatsstreich der Regierung gegen Mitteldeutschland war, sondern eine kommunistische „Verschwörung", ein nihilistisches Attentat und nun trat das Ueberraschende ein. Die Staatsanwaltschaft verzichtete auf ihren Kronzeugen Felix Neumann, da er „nicht zu haben sei".

Nun muß man wissen, daß Neumann sich in Untersuchungshaft, also in den Händen der Gerichte, befindet, um dieses, „nicht zu haben" richtig einzuschätzen.

Das war der zweite Rückzug der Staatsanwaltschaft.

Die politischen Zeugen der Staatsanwaltschaft gegen die KPD. sind verschwunden, der Versuch, aus dem Prozeß Urbahns einen Prozeß zur politischen Erledigung der KPD. zu machen, ist heute bereits völlig gescheitert.

Da ist aber noch eine zweite Sorte Belastungszeugen. Es ließ der Staatsanwalt eine Reihe rabiater Spießbürger und ein „fittliches" Fräulein aufmarschieren, die allerlei Denunziationen machten, denen aber die eidlichen Aussagen eines Polizeibeamten und vieler anderer Zeugen gegenüberstanden.

Im Urbahns-Prozeß tritt aber noch eine dritte Gruppe von Belastungszeugen auf, die politisch interessanter sind: die Sozialdemokraten.

Als erster marschiert John Ehrenteich auf, der Vorsitzende des Ortsausschusses Hamburg des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Er ist von allen sozialdemokratischen Konjunkturpolitikern einer der geschicktesten. Wenn die Wogen der revolutionären Empörung der Arbeitermassen hochgehen, kann keiner besser als er den Arbeitern blauen Dunst vormachen. 1923 spielte er den linken Sozialdemokraten. Um die Arbeiter besser irreführen zu können, mimte er Streit mit der Senatorenclique in der SPD., rückte in dieser Bürgerschaft offen von ihr ab, erließ Aufrufe, in denen er sogar auch gegen seine eigene Partei polemisierte. Die Senatorenclique spielte wacker mit und erließ im „Hamburger Echo" Gegenerklärungen. In Betriebsrätevollversammlungen donnerte Ehrenteich von ungeheuren Vorbereitungen zum Kampfe gegen die Reaktion. Er präsidierte in den Einigungsverhandlungen und spielte den über den Parteien Thronenden. Warum? Wie Ebert in Magdeburg, so erklärt Ehrenteich heute in Hamburg, daß er nie daran dachte, die Arbeiter zum Kampf zu führen. Er erklärte seine ganze Linksteuerei als Betrugsmanöver, indem er sagt: „Eine linke SPD. hat faktisch nie bestanden." Es ist die alte sozialdemokratische Politik des Scheins der Arbeiterfreundlichkeit, um das Proletariat besser dem Kapital ausliefern zu können.

Es war aber nur eine Seite der sozialdemokratischen Politik, die Ehrenteich aufzeigte. Die andere Seite zeigten seine Parteifreunde, Schulz und Konsorten, die Mitglieder der „Vereinigung Republik" (VR.). Wer ist diese „Vereinigung Republik"? Einer der Zeugen, Herr Adolf Schulz, Gruppenführer bei dieser VR. erklärte, sie sei die Fortsetzung der verbotenen Einwohnerwehr. Politisch ist das richtig. Zusammen mit der tatsächlichen Fortsetzung der Einwohnerwehr, dem sogenannten Heimschutz, in deren Vorstand übrigens neben anderen Sozialdemokraten, zusammen mit Reaktionären, der Vorsitzende der SPD., Herr Leuteritz, sitzt, bildet die VR. die Fortsetzung der ausschließlich zum Zwecke der Gegenrevolution geschaffenen Einwohnerwehr. Sachlich ist Adolf Schulzens Angabe aber ein Meineid. Die VR. war eine rein sozialdemokratische Organisation, also sozusagen der sozialdemokratische Stoßtrupp der gegenrevolutionären Armee.

Als Organisation der Konterrevolution war die Rolle der VR. im heroischen Oktoberaufstand der Hamburger Arbeiter von vornherein gegeben. Ebenso wie die anderen faszistischen Organisationen stellte sie sich im Oktober 1923 der Polizei zur Niederschlagung des Aufstandes zur Verfügung. Aber die Hamburger Sozialdemokraten übernahmen obendrein noch das schmierigste Geschäft, das nur Lumpen übernehmen können: sie organisierten die Spitzelei gegen Kommunisten im Oktoberkampf.

So kam es, daß im Urbahns-Prozeß die Mitglieder der VR. als Belastungszeugen gegen die Kommunisten aufmarschierten. Es ist kein Zufall, daß ihr Anführer Herr Adolf Schulz schon während des Krieges die revolutionäre Bewegung bespitzelte, Lump bleibt Lump.

Das Gesamtbild wurde nur vervollständigt, als Genosse Können im Verlauf des Urbahns-Prozesses feststellte, daß die Reaktion des „Hamburger Echo" ihn seinerzeit wegen wahrer Kriegsberichte an sein damaliges Parteiorgan, eben dieses „Echo", bei seinem Bataillonschef denunzierte, und als Genosse Rühl feststellte, daß zur gleichen Zeit, als die SPD. mit der KPD. über einen Abwehrstreik verhandelte, der sozialdemokratische Polizeisenator Hense ein Streikverbot erließ, zu dem er sich vom General Tschischwitz hatte bevollmächtigen lassen.

So wurde der Prozeß Urbahns zu einem Prozeß zur politischen Entlarvung der SPD. . . . .

Die Ohnmacht der Staatsmacht zeigte sich neuerlich anläßlich der Zeugenaussage des Oberst Danner, des genialen Feldherrn von 6000 Polizei- und Reichswehrtruppen, die im Oktober 1923 300 schlechtbewaffnete Arbeiter nicht besiegen konnten. Er soll Auskunft über die militärische Niederschlagung des Aufstandes geben.

Aber Gericht, Staatsanwalt und Polizei fürchten den Geist des Oktober und wagen es nicht, ihn öffentlich zu zitieren.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft, dem sich Oberst Danner anschloß, faßte das Gericht den Beschluß, die gesamte Oeffentlichkeit einschließlich der Presse wegen „Gefährdung der Staatssicherheit" bei der gesamten Aussage des Obersten Danner auszuschließen. Die Aussage des Hamburger Feldherrn war dann aber völlig bedeutungslos.

Aber trotz aller Vorsichtsmaßnahmen: der Geist des Oktoberaufstandes ließ sich aus den Verhandlungen des Urbahns-Prozesses nicht bannen.

Auf der einen Seite die durch und durch morsche Anklage des Staatsanwaltes. Auf der anderen Seite aber die aufrechte Haltung der Angeklagten.

Der Prozeß gegen Urbahns und Genossen trägt zwei Kennzeichen. Das erste ist: Die Geschlossenheit der Kommunistischen Partei, die sie befähigt, die eiserne Kohorte der Revolution zu sein.

Mitderweile Jahre haben Polizei und Justiz Zeit zur Vorbereitung des Urbahns-Prozesses gehabt. Ein Heer von Spitzeln wurde aufgeboten, der gesamte Staatsapparat in Bewegung gesetzt. Polizei- und Untersuchungsrichter wetteiferten in der Erpressung von Geständnissen. Der Untersuchungsrichter mit Drohungen, die Polizeibeamten mit Mißhandlungen. Und der Erfolg ist gleich Null.

Der Staatsanwalt weiß nichts, außer dem, was die Angeklagten selbst zugegeben haben.

Und Genosse Urbahns erklärt offen: Jawohl, ich gehörte dem Dreierkopf an, der im Oktober den Bezirk Wasserkante der KPD. führte. „Wer die anderen sind, sage ich nicht."

Und der Staatsanwalt tappte weiter im Dunkeln. Urbahns allein genügt ihm nicht, denn Urbahns war nachweislich in den entscheidenden Tagen nicht im Hamburg, sondern zur Chemnitzer Konferenz gefahren, wo sich der Verrat der SPD. auch dem Blindesten entlarvte. Der Staatsanwalt aber braucht Opfer. Darum ließ er die kommunistischen Bürgerschaftsabgeordneten, gestützt auf Spitzellügen, verhaften. Darum nahm er sieben kommunistische Funktionäre, einfache Soldaten der Revolution, wie der Angeklagte Genosse Levy sich selbst bezeichnete, setzte sie neben den Genossen Urbahns, kümpelte sie selbst zu großen Führern, um die Anklagebank für den großen Hamburger Kommunistenprozeß zu füllen.

Das andere, das wichtigste Kennzeichen des Urbahns-Prozesses, ist, daß er scharf und in schonungsloser Selbstkritik für die [illegible] die entscheidende Lehre der Revolution zieht. Sie lautet: Der Sieg des Proletariats ist nicht auf gefahrlosen Umwegen zu erreichen, er kann nur das Ergebnis eines ziel- und wegklaren zähen Kampfes sein, nicht des Bündnisses des revolutionären Vortrupps der Arbeiterklasse mit dem Teil der Bourgeoisie, den die SPD. darstellt, sondern nur des schärfsten Kampfes gegen die Bourgeoisie, vor allem ihres gefährlichsten Teiles, der SPD.

In diesem Kampf wird die KPD. immer und offen stehen. Zu ihm stehen die Angeklagten im Urbahns-Prozeß. Seine Lehren ziehen sie. Und wenn die Angeklagten im Urbahns-Prozeß sich zu ihm und seinen Lehren bekennen, dann geht ein Zug der Zustimmung durch die Reihen der Arbeiter. Mag das Klassengericht Urbahns und Genossen verurteilen, der Geist des Oktober lebt. Ihn tötet kein Staatsanwalt. Er lebt und wird wirken im Proletariat bis zum Sieg der deutschen Arbeiterklasse!

Die Note an Deutschland über die Militärkontrolle soll folgendermaßen zusammengestellt sein:

1. Vollständiges Verzeichnis der Verfehlungen Deutschlands aus dem Friedensvertrag.
2. Einzelne Beschuldigungen gegen Deutschland:
   a) besonderes System der Ausbildung von Reserven über die im Friedensvertrag vorgesehene Heeresstärke hinaus;
   b) Zugehörigkeit der Studenten in ganz Deutschland zur Reichswehr;
   c) Zentralisierung der Schupo zu einer einheitlichen Kampforganisation;
   d) heimliche Aufbewahrung und Herstellung von Waffen und Maschinen für Waffenfabrikation;
   e) Vernachlässigung der Abrüstung der Kruppschen Waffenfabriken und Vorhandensein von Werkzeugmaschinen zur Herstellung schwerer Artillerie;
   f) Gesamtorganisation der Armee so elastisch und erweiterungsfähig, daß sie in kürzester Zeit zu einer ogßen Streitmacht werden kann.

Die Note zieht aus der Gesamtheit der Feststellungen die Schlußfolgerung, daß die moralische und sachliche Abrüstung Deutschlands noch nicht durchgeführt worden sei.

*

Die Schlußfolgerung der Note an Deutschland über die Militärkontrolle stellt gewissermaßen den äußeren Rahmen dar, innerhalb dessen das Schachergeschäft zwischen England und Frankreich in der Frage des Sicherheitspaktes sich vollziehen wird.

Die Verhandlungen über den Sicherheitspakt und die Schuldenfrage werden letzten Endes ausschlaggebend sein für die Haltung der Alliierten in der Räumungsfrage.

Der Kontrollbericht ist nur ein Mittel, um den wirklichen Sachverhalt zu verschleiern und den imperialistischen Machenschaften den Schein des Rechts zu geben.

Die Herriot-Sozialisten

„Linke" und „Rechte" einstimmig für seine Unterstützung

(WTB.) **Paris, 13. Februar.**

Die Resolutionskommission des sozialistischen Parteitages in Grenoble hat sich gestern nachmittag über den Text der Resolution geeinigt. Der Parteitag erteilt der sozialistischen Kammerfraktion den Auftrag, die Unterstützungspolitik fortzusetzen, d. h. der Regierung ihren Beistand zu leihen, jedoch unter der Bedingung, daß eine demokratisch-reformatorische Tätigkeit der Regierung gefordert werde. Zu diesem Zwecke müßte die sozialistische Kammerfraktion den Fortbestand der jetzigen Regierung erstreben. Die sozialistische Partei würde gezwungen sein, der Regierung ihre Unterstützung zu entziehen, wenn sich diese in ernsten Widerspruch mit den Ansichten des Parteikongresses setze.

Nach einer anderen WTB.-Meldung ist die Unterstützungsresolution einstimmig, also auch von den sogenannten Linken angenommen worden. Damit erweist sich ihre „Opposition" als Theaterdonner zur Irreführung der sozialdemokratischen Arbeiter.

Große Verschärfung der Krise in Oesterreich

Wien, 12. Februar.

Die Stabilisierungskrise ist eine stabilisierte Krise. Sie verschärft sich immer weiter. Die Zahl der Erwerbslosen ist auf über 200 000 gestiegen. Hierzu kommen über 80 000 abgebaute Beamte. Die Handelsbilanz für 1924 ist mit einer Milliarde Goldkronen (= 810 Millionen Reichsmark) passiv. Der Völkerbundszwang auf das Budget, der eine weitgehende Besteuerung der großen Werke verhindert, wirkt verschärfend auf die Krise. Nur mit der Tschechoslowakei ist ein Handelsvertrag abgeschlossen worden. Ueberall sonst verhindern hohe Schutzzollmauern eine Erweiterung des österreichischen Absatzmarktes. Das ist gerade der Sinn der Kontrolle des Völkerbundes: Die Stillegung eines großen Teiles der österreichischen Produktion.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250213-15/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Barfüßerstraße 14 Fernruf 1473 — Postscheckkonto Leipzig 100 001
Artur Sämisch Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Distrikt 18. Freitag, 13 Februar, abends 8 Uhr, im „Volkspark": **Distriktsversammlung.** Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt Pflicht.

Distrikt 7a. Sonnabend, 14. Februar, abds. 8 Uhr, im „Südpol": Distriktsversammlung. Tagesordnung: 6. Monatsabsatzungen und Organisatorisches. Die Genossen werden ersucht, unbedingt zu erscheinen, da die Tagesordnung sehr wichtig ist.

Distrikt 13a Sonnabend, 14. Februar, abends 8 Uhr, treffen sich alle Parteigenossen und -genossinnen im Lokal „Turnerschlößchen".

Oberbezirk Süd. Der Werbetag für Zeitung u. Partei findet Sonntag, 1 März, statt.

Distrikt 21. Alle Genossen treffen sich zur Werbearbeit Sonntag vormittag 10 Uhr bei Rauschenbach.

Zelle 4, 5, 8. Sonntag vormittag 10 Uhr im „Volkspark" **Wichtige Sitzung.**

Distrikt 2. Montag abend 8 Uhr in der „Schützei": Distriktsversammlung.

Ammendorf. Distriktsversammlung Sonnabend, 14. Februar, 8 Uhr, „Elterthal". Die jugendlichen Zeitungsausträger müssen unbedingt erscheinen.

Dürrrolz. Funktionärsitzung Sonnabend, 14. Februar, 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus".

Unterbezirk Mansfeld

Wolfsdeb. Oeffentl. Volksversammlung Freitag, 13. Febr., 8 Uhr, Lokal Deutsch.

Eisleben. Oeffentl. Volksversamml. Sonntag, 15. Febr., 3 Uhr, „Schwarzen Roß".

Mansfeld. Mitgliederversammlung Sonntag, 15. Februar, 8 Uhr, Lokal Beinhorn.

Kreis Merseburg

Luerfurt. Oeffentl. Volksversammlung Freitag, 13. Februar, 8 Uhr, „Zur Sonne".

Frankleben. Oeffentl. Volksversammlung Freitag, 13. Februar, 8 Uhr, Gasthof.

Merseburg. Oeffentl. Volksversammlung Freitag, 13. Februar, 8 Uhr, „Funkenburg".

Roßbach. Oeffentl. Volksversammlung Sonntag, 15. Februar, nachmittags 3 Uhr, in Sibeiten im Lokal Jauch.

Leißlichen-Benne. Oeffentl. Volksversammlung am Sonntag, 15. Februar, nachm. 3 Uhr, in Niederbenna im Gasthof Jäisch.

Röcheln. Funktionärsitzung Sonntag, 15. Febr., 7 Uhr, Gewerkschaftshaus Gebäude.

Rücheln. Mitgliederversamml. Sonntag, 15. Febr., 8 Uhr, Gewerkschaftshaus Gebäude.

Kreis Weißenfels

Teuchern. Mitgliederversammlung Sonnabend, 14. Februar, 8 Uhr, „Grünen Baum".

Langendorf. Mitgliederversammlung Sonnabend, 14. Febr., 8 Uhr, bei Lorbeer.

Kreis Delitzsch

Delitzsch. Partei-Funktionärsitzung am Freitag, 13. Februar, abends 7½ Uhr, im „Lindenhof". Sämtliche Funktionäre müssen unbedingt erscheinen.

Eilenburg. Mitgliederversammlung am Freitag, 13. Februar, 8 Uhr, im „Tivoli".

Kreis Sangerhausen

Artern. Oeffentl. Volksversammlung Freitag, 13. Februar, 8 Uhr, Goethe-Haus.

Roßla. Oeffentl. Volksversammlung Freitag, 13. Februar, 8 Uhr, „Sängerhalle".

Unterbezirk Wittenberg-Bitterfeld

Pouch. Mitgliederversammlung Freitag, 13. Februar, abends 8 Uhr, Gasthof.

Thelkheim. Mitgliederversammlung Sonnabend, 14. Februar, abends 8 Uhr, Gasthof.

Gräfenhain. Oeffentl. Volksversammlung Sonnabend, 14. Februar, 8 Uhr, Gasthof.

Gohra. Oeffentl. Volksversamml. Sonntag, 15. Febr., vorm. 9½ Uhr, Gasthof Kono.

Kreis Zeitz

Zeitz. Mitgliederversammlung Freitag, 13. Februar, 8 Uhr, Schuhmacherherberge.

Nauberg. Mitgliederversammlung Sonntag, 15. Febr., vorm. 9½ Uhr, bei Bruhl.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Elsterwerda. Vorstandssitzung Freitag, 13. Februar, 8 Uhr, im „Guten Hoppen".

Elsterwerda. Generalversammlung Sonnabend, 14. Febr., 8 Uhr, „Guten Hoppen".

Bockwitz. Arbeitsgebietskonferenz am Sonntag, 15. Februar, nachmittags 3 Uhr, in Bockwitz im „Volkshaus". Alle Ortsgruppen sowie alle Betriebsvertrauensleute müssen vertreten sein.

Kreis Naumburg

Nebra. Oeffentl. Volksversammlung Sonnabend, 14. Febr., 8 Uhr, „Schützenhaus".

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Ortsgruppe Halle

Ausweise für Bitterfeld sind zum Preise für 1,20 Mark bei den Bezirksführern erhältlich.

Abteilung 14. Freitag, 13. Febr., 8 Uhr: Versammlung „Schützei", Kl. Ulrichstraße.

Vorstand. Freitag, 13. Februar, ½8 Uhr: Sitzung in der „Schützei", Kl. Ulrichstr.

Abteilung 14. Freitag, 13. Febr., ½8 Uhr: Versammlung, „Schützei", Kl. Ulrichstr.

Abteilung 4. Sonnabend, 14. Febr., 8 Uhr, Versamml. b. Weiß, Mansfelder Straße.

Abteilung 15. Sonnabend, 14. Febr., 8 Uhr, Versammlung „Schützei", Kl. Ulrichstr.

Abteilung 1. Sonnabend, 14. Februar, 8 Uhr: Versammlung, „Goldene Kette".

Abteilung 7, 7a. Sonntag, 15. Februar, vormittags 10 Uhr: Versammlung im „Fröhlichen Zecher", Torstraße 37.

Jungsturm.

Jungsturm. Alle Kameraden werde sich an der Fahrt nach Bitterfeld beteiligen wollen melden sich bei ihren Abteilungsführern.

Abteilung 4. Sonnabend, 14. Februar, 8 Uhr, erscheinen alle Kameraden bei Weiß, Mansfelder Straße, zur Versammlung der Altersmannschaften.

Jungsturm. Alle Abteilungsführer haben bis Sonntag mittag 12 Uhr in der „Goldenen Kette" vorzusprechen. Daselbst sind Fahrtscheine zur Fahrt nach Bitterfeld erhältlich.

Halle-Saalkreis

Unterbezirksleitung Sonntag, 15. Februar, vorm. 10 Uhr, in Loeks Hof, Merseburger Straße 54. Alle Ortsgruppenvorsitzenden und Kassierer haben zu erscheinen.

Glücksdorf. Freitag, 13. Februar, 8 Uhr, bei Bauermann: Mitgliederversammlung.

Unterbezirk Luerzen. Sonnabend, 14. Februar, abends 8 Uhr, bei Meyer, Dieskau: Funktionärsitzung. Zu erscheinen haben Abteilungsleiter, Kassierer, Gruppenführer.

Leutzsch. Sonnabend, 14. Februar, abends 7½ Uhr, bei Kamp: Versammlung. Nur der Jungsturm hat zu erscheinen zwecks Bildung eines Spielmannszuges.

Niemitz. Sonntag, 15. Februar, vorm. 10 Uhr: Außerordentliche Pflichtversammlung. Mitgliedskarten sind mitzubringen.

Ammendorf. Sonnabend, 14. Februar, abends ½7 Uhr, Treffen sämtlicher Mitglieder im „Burgschlößchen". 7 Uhr Abmarsch. Erscheinen ist Pflicht.

Ammendorf. Montag, 16. Febr., 8 Uhr, im „Burgschlößchen": Wichtige Mitgliederversammlung.

Kreis Merseburg

Schkeuditz. Freitag, 13. Februar, ½8 Uhr: Versammlung im Landhaus Papitz. Bericht von der Bezirkskonferenz.

Dürrenberg. Sonntag, 15. Febr., nachm. 2 Uhr: Pflichtversammlung in der „Sonne".

Mansfelder Seekreis

Eisleben. Sonntag, 15. Februar, vorm. 10 Uhr, im „Volkshaus": Vorstandssitzung. Es ist Pflicht, daß der gesamte Vorstand anwesend ist. Entschuldigungen gibt es nicht. Nachm. ½3 Uhr: Antreten am „Volkshaus" zum Abmarsch nach Hettstedt.

Hettstedt-Helbra. Sonntag, 15. Februar: Ausmarsch. Treffen am „Mürbenhof" vorm. 10 Uhr. Sämtliche Kameraden haben teilzunehmen.

Helbra. Sonntag, 15. Februar, abends 8 Uhr, bei Kranefs. Alles muß erscheinen.

Mansfelder Gebirgskreis

Hettstedt. Sonntag, 15. Februar, abends 8 Uhr, im „Hohenzollernpark": Werbeabend. Mittags 12 Uhr im „Hohenzollernpark" wichtige Besprechung.

Kreis Sangerhausen

Artern. Sonnabend, 14. Februar, abends 8 Uhr, im Goethehaus: Vollversammlung.

Kreis Delitzsch

Delitzsch. Freitag, den 13. Februar, im „Lindenhof", lange Stube: Außerordentliche Pflichtversammlung.

Unterbezirk Bitterfeld

Greuheinichen. Freitag, 13. Februar, abends 8 Uhr, im Parteilokal: Werbeversammlung. Die Ortsleitung Zschornewitz, Gräfenhain sind hierzu eingeladen. Sämtliche Kameraden und Sympathisierende sind eingeladen.

Söndersdorf. Sonnabend, 14. Februar, abends ½8 Uhr: Mitgliederversammlung. Jeder Kamerad hat zu erscheinen. Neuaufnahmen können daselbst gemacht werden.

Wolfen. Sonnabend, 14. Februar: Werbeversammlung im Gasthof. Die Arbeiterwelt ist hierzu eingeladen. Sonntag, den 15. Februar: Zusammentreffen des gesamten Unterbezirks nachmittags 2 Uhr in Bitterfeld im „Bürgergarten". Die Genossen sind verpflichtet, für geschlossenes Erscheinen ihrer Gruppe zu sorgen. Anschließend ab 6 Uhr: Gemeinsame Versammlung.

Bitterfeld. Alle Kameraden Sonnabend ½8 Uhr am Wallersturm zum Ausmarsch nach Holzheim. Alle müssen erscheinen. Die Kameraden von Greppin und Bitterfeld werden nochmals um Beteiligung gebeten

Kreis Weißenfels

Naumburg. Freitag, 13 Februar, 8 Uhr, bei Kupsch: Mitgliederversammlung.

Kreis Zeitz

Zeitz. Alle Ortsgruppen erscheinen Sonntag 15. Februar, nachm. 2 Uhr, in Zeitz, Hühnerpick (Treffpunkt). Beteiligung ist Pflicht.

Theißen-Streckau. Alle Kameraden der Ortsgruppen Theißen-Streckau treffen sich Sonntag, den 15. Februar, nachmittags 12½ Uhr, am „Blauen Stern", Theißen. Ausmarsch nach Zeitz 12¾ Uhr.

Nauberg. Sonntag, 15. Febr., vorm. 9 Uhr, im Gasthof Brußl: Mitgliederversammlung.

Der beste Schutz

gegen **Regen** und **Wind** sind unsere mit unserer wkw-Spezialgummierung ausgestatteten 236

wkw-Gummimäntel

in Köper- und Nessel-Stoffbezug . . . **18⁵⁰**
in Homespune und gemusterten Cheviotstoffen **26⁰⁰**
in Covercoat-Stoffbezügen grau, grün und beigfarbig **33⁰⁰**

S. Weiss
HALLE AM MARKT.

Stadt-Theater
Heute, Freitag 7½ Uhr
Der verlorene Sohn
Hauptrollen:
Damen: Düsler Grether, Miersch Ziegler 249
Herren: Günzel Hendrich, Siegle
Sonnabend 7½ Uhr
Hans Heiling
Ende 10½ Uhr

Thalia-Theater
Sonntag 7½ Uhr
Minna von Barnhelm
Minna: 250
Theater-Lange
Tellheim
von Erlander
Franziska: Grether
Riccaut: Haller

Billige Möbel
2664 auf **Teilzahlung**
Speisezimmer
Schlafzimmer
Küchen
Kleiderschränke
Vertikos
Kommoden
Bettstellen
Plüschsofas
Ruhebetten
sowie alle Arten Einzelmöbel zu ganz billigen Preisen!
M. Fuchs
Möbelhaus,
Halle a. d. S.
Gr. Ulrichstr. 58, 1., 2., 3. Etage.
Kredit auch nach auswärts.

Leder
zu bekannt billigen Preisen 127
Sommer & Kurzhals
Albrechtstr. 45,
Ecke Geiststraße.

Lebensmittel
in best. Qualitäten, reicher Auswahl und preiswert
bei 36
Ed. Sorg
Kolonialwaren
Hermannstr. 7

Speisezimmer
Schlafzimmer
Küchen sowie
alle Einzelmöbel
verkauft 37
Otto Bernhardt,
Herrenstr. 19

Schülermützen
in Samt und Tuch
sämtliche Farben
stets vorrätig 34
J. Kaliga,
Gr. Klausstraße 35.

Tägl. Eingang frischer und geräucherter Seefische
Hugo Schädel,
Zeitz
96] Rahnestr.

Preiswerte Bettwäsche
239 **fertig genäht**
Bettbezüge mit Kissen in bunt, 2 m lang **8⁹⁰**
Bettbezüge mit 2 Kissen, Linon bestickt, 2 m lg. **10⁵⁰**
Bettücher große Auswahl von **4⁹⁰** an
Bettbezüge in Damast und Stangenl. best. Laual. **13⁹⁰**
Inlett prima Qualität . . . . . Meter **3⁵⁰**
Bettücher Barchent, prachtvolle Ware . . . . Stück **4⁵⁰**
Für Wiederverkäufer extra billige Preise!
Adolf Künzel
G. m. b. H.
Leipziger Str. 69 Leipziger Str. 69

Motoren-Benzol
für Personen- und Lastkraftwagen **vorzüglich geeignet** liefert 242
100 Kilogramm für 40 Mk.
Städtisches Gaswerk, Holzplatz 7

Gelegenheitskauf
in
Ia. Portorico-Tabak
½ Pfd. **75 Pf.** 247
bei 2 Pfd. **eine Tabaldose gratis**
Schweizer Stumpen 3 Pf.
Ferner:
1 Tabaldose
1 Brunyere-Pfeife
1 Paket Tabak
zusammen **1,50**
M. Jasper
Leipziger Straße 96

Eier
frische, ägyptische
10 Stück **1,00** Mark
Grobe
Bertramstr. 21 a
am Kannuchen-Platz

Hamburger Fischhalle
Zeitz, Brüderstr. 9
Fischwaren
kauft man am **besten und billigsten** in 97 obigem
Spezialgeschäft
Brüderstraße 9

Prima fettes Maströßfleisch
à Pfund **40** Pf.
sowie alle
Wurstsorten
in bekannt. Güte
empfehlen [83
Gebr. Keßler,
Weißenfels,
Marienstr. 21

Fußball-Schuhe — **Auf Kredit** — **Fußbälle** in allen Größen
Sämtliche Artikel und Bekleidungsstücke
für Fußball-Sport
Sofortige Lieferung bei geringer Anzahlung auch nach auswärts Bequem. Ratenzahlung
Paul Sommer 235
Halle a. d. Saale
Leipziger Straße **14**
Fußball-Koffer — **Trainingbälle** für Boxer

Schultafeln usw.
empfehlen die
Volksbuchhandlungen

Konfirmations-Kleidung und -Wäsche
auf Kredit
bei sofortiger Aushändigung der Waren
nur im
Wäsche- und Konfektions-Vertrieb
Große Ulrichstraße 4, 1. Etage

Auf Kredit!
Damen- u. Herren-Konfektion
von 238
5 und 10 Mark
Anzahlung liefert
Hermann Liebau
Halle a. d. Saale
Merseburger Straße 22
Telephon 8617

Zur Konfirmation:
Anzüge, blau, marengo und farbige Stoffe in ein und zweireihiger Form
in bekannt guten Qualitäten

Durch Verwendung bester Zutaten und bei tadellosem Sitz besonders preiswert

Meine Preislagen:
20,— 24,— 29,— 34,—
39,— 42,— 45,— bis 65,—

Beachten Sie meine Ausstellung für Konfirmanden

Adolf Krause
Das große leistungsfähige Unternehmen für Herren- und Knaben-Kleidung
95 **Weißenfels, Markt,** Ecke Jüdenstraße, Kleine Kalandstraße

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250213-15/fragment/page=0004

Aus den Betrieben

Die Unternehmer nutzen die gewerkschaftliche Zerrissenheit aus

In den Kürschnereibetrieben im Schkeuditz wurde den Arbeitern und Arbeiterinnen folgendes Schreiben vervielfältigt zugesandt:

In dem Urteile des Landgerichts Leipzig vom 4. Dezember 1924 (4 Dg. 273/24), welches die Ferienfrage betrifft, hat das Landgericht wörtlich folgendes ausgeführt:

„Nach der zwar bestrittenen, aber wohl herrschenden und von der Berufungskammer geteilten Meinung, sind die Berufsverbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer Vertreter ihrer einzelnen Mitglieder im Rechtssinne nicht einmal beim Abschluß eines Tarifvertrages.

Vollends ist nicht ersichtlich, wieso bei der Entgegennahme der Kündigung der die Kündigung empfangende Verband zugleich seine Mitglieder vertreten könnte."

Diese Auffassung des Landgerichts, die den bisher von beiden Verbänden, Arbeitgebern und Arbeitnehmern vertretenen Rechtsanschauungen vollkommen zuwiderläuft, **stellt also in Abrede, daß der Arbeitnehmerverband und dessen Organisationsleiter als Vertreter der einzelnen Mitglieder zu gelten haben.** Infolgedessen sehen wir uns leider genötigt, jedem einzelnen Arbeitnehmer die bereits früher dem Arbeitgebervertreter ausgesprochene Kündigung des zwischen uns und Ihnen bestehenden Arbeitsverhältnisses mit dem bisherigen Vertragsinhalte für den nächst zulässigen Termin zu wiederholen. Die geschieht hiermit Ihnen gegenüber. Wir erklären gleichzeitig, daß wir vom Ablauf der Kündigungsfrist an das Arbeitsverhältnis mit Ihnen nur mit dem gesetzlichen Inhalte, also unter Ausschaltung der Bestimmungen des am 20. 4. 1924 bereits abgelaufenen Tarifvertrages und der vertraglichen Bestimmungen der Arbeitsordnung, fortsetzen werden, jedoch bleiben die Sonderanhängungen über die Löhne auch künftighin als Inhalt Ihres Arbeitsverhältnisses bestehen.

Schkeuditz, den 31. Dezember 1924.

Unterschrift.

Zu diesem unverschämten Schreiben ist zu sagen, daß es rechtlich vollkommen abwegig ist. Die Mitglieder der Gewerkschaften bilden als Zusammenfassung für jeden Berufsverband (Gewerkschaft) eine Interessengemeinschaft zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Gewerbeordnung gewährt sogar den Berufsverbänden der Arbeiter in § 152 nach dieser Richtung hin formellen Schutz. Ebenso die Reichsverfassung. Die Vertretung dieser Interessengemeinschaft liegt rechtlich wie auch statutarisch, ohne daß es einer besonderen Vollmacht des einzelnen Mitgliedes bedarf, dem Vorstand oder dem von ihm beauftragten, oder durch Versammlungsbeschluß gewählten Personen ab.

Was wir Kommunisten immer und immer wieder hervorgehoben haben, unterstreicht dieses Unternehmerschreiben. **Für das Proletariat gibt es in der schwarzrotgoldenen Barmat-Republik keine Rechte.** Sie ist ein Staat zur brutalen Unterdrückung der Arbeiter, unterstützt von den Sozialdemokraten und reformistischen Gewerkschaftsführern. Die Unternehmer pfeifen auf jedes Gesetz. Mit Hilfe der bürgerlichen Klassengerichte und der reformistischen Gewerkschaftsführer wollen sie die Macht der Arbeiter zerschlagen, um so ihre eigene Position festigen und ausbauen zu können.

Wenn die Unternehmer heute schon wagen, derartige Schreiben an ihre Arbeiter herauszugeben, so zeigt das zu deutlich, wie sehr sie davon überzeugt sind, daß die Sozialdemokraten und die reformistischen Gewerkschaftsführer gänzlich von der Arbeiterschaft abgerückt sind und von ihnen kein ernster Widerstand mehr zu erwarten ist. Daß sie recht haben, beweist der Umstand, daß bisher keine Gewerkschaftszeitung, kein reformistischer Gewerkschaftsführer, kein sozialdemokratischer Redakteur zu dieser Angelegenheit Stellung nahm, obgleich das Schreiben vom 31. 12. 24 datiert und der Gewerkschaft sehr wohl bekannt ist. Diese Gewerkschaften wollen und können infolge ihrer bisherigen verräterischen Politik das Unternehmertum nicht mehr stören in ihrem Vorgehen gegen die Arbeiterschaft.

Daraus müssen wir die Lehre ziehen, daß wir uns auf das Schärfste von der Kapitalisienclique und ihren getreuen Helfern, den Barmat-Sozialdemokraten und reformistischen Gewerkschaftsführern trennen müssen. Jeder Arbeiter muß sich in den freien Gewerkschaften organisieren und hier mithelfen, den Einfluß der sozialistischen Kapitalistenknechte zu brechen, um aus den Gewerkschaften ein Instrument des revolutionären Klassenkampfes zu machen.

Betriebsräte müssen Organe des revolutionären Klassenkampfes sein!

(Von einem Arbeiterkorrespondenten)

„Alle Macht den Räten!" Unter diesem von Lenin ausgegebenen Kampfruf erfocht das russische Proletariat den Sieg über den Zarismus und Kapitalismus. Mit diesem Ruf setzte auch unter Führung von Liebknecht und Rosa Luxemburg die Revolution des deutschen Proletariats und der revolutionären Soldaten im Herbst 1918 in Deutschland ein. Die deutsche Revolution blieb in den Anfängen stecken, weil sie von den Sozialdemokraten und reformistischen Gewerkschaftsführern verraten und verkauft wurde. Unter ihrem Einfluß wurden die revolutionären Arbeiterräte abgeschafft bzw. in Betriebsräte umgewandelt, die „das Einvernehmen zwischen Unternehmern und Arbeitern herstellen" sollen.

Diese Gegenüberstellung der Entwicklung in Rußland und in Deutschland muß jedem Proletarier zeigen, welchen Weg er zu gehen hat. In Rußland Verjagung der Kapitalisten und Ausbeuter, Sieg der Arbeiterklasse und immer schnellerer Aufstieg in eine bessere Zukunft, der reinen kommunistischen Wirtschaftsordnung entgegen: in Deutschland nach kurzem Erfolg Niederlage auf Niederlage der Arbeiterklasse und Wiedererstarken der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft. Dadurch ist das deutsche Proletariat wieder auf seinen Ausgangspunkt zurückgeworfen. Aber es kann und darf nicht ruhen, es muß den Kapitalismus niederzwingen, wenn es leben will. Und es muß die wenigen Rechte und die geringen Positionen, die ihm geblieben sind, als Basis zu neuem Kampf, zu neuem Sturm auf die kapitalistische Feste benutzen.

Dazu sind die **bevorstehenden Betriebsratswahlen der geeignete Ansatzpunkt. Die Aufgabe der Betriebsräte kann und darf nicht sein, das „Einvernehmen" zwischen Kapital und Arbeit herzustellen, die es Kapitalisten und Reformisten wollen, sondern ihre Aufgabe ist, das Proletariat in den Betrieben zu führen und zu schulen zum unerbittlichen Kampf gegen das Kapital.**

Diese Aufgabe kann aber kein Betriebsrat erfüllen, der die reformistische Auffassung über Harmonie zwischen Kapital und Arbeit vertritt, sie kann nur erfüllt werden von revolutionären Proletariern, die in jeder Situation ohne Rücksicht auf die Profite des Kapitals die Interessen der Arbeiterklasse vertreten. **Nur rote Betriebsräte, die bei allen ihren Handlungen das eine Ziel, die Revolution, den Sturz des Kapitals im Auge haben, können, ob es** sich um Lohnerhöhung, um Achtstundentag, um Arbeiterentlassungen, Betriebsstillegungen usw. handelt, die Interessen der Arbeiterschaft voll und ganz wahrnehmen. Nur rote Betriebsräte werden die Masse des Proletariats mobilisieren und zum Kampf, statt zu Kompromissen führen. Und deshalb müssen die Belegschaften schon bei der Aufstellung der Kandidaten zu der Betriebsrätewahl **strengste Auslese** halten und jeden von der Kandidatenliste fernhalten, der nicht den Voraussetzungen eines rücksichtslosen Klassenkampfes entspricht. Keinen Betriebsrat, der nicht zum mindesten die **Gothaer Kampfforderungen** sich zu eigen macht und durch die Tat beweist, daß er dafür zu kämpfen entschlossen ist.

Die Gewerkschaftsbureaukratie hat es verstanden, die Betriebsräte mit der Formulierung, daß sie lediglich Organe der Gewerkschaften wären, ganz unter ihren Einfluß zu bringen. Sie hat damit die Spaltung der Gewerkschaften inszeniert, weil jeder Arbeiter, der sich nicht unter das Machtgebot der Gewerkschaftsbureaukratie beugen wollte, aus den Gewerkschaften ausgeschlossen wurde. Die Einheit der Gewerkschaften ist aber eine Voraussetzung für den Sieg der proletarischen Revolution und deshalb muß die Arbeiterschaft verstehen, sich revolutionäre Betriebsräte auch innerhalb des Rahmens der Gewerkschaften zu schaffen und zu erhalten. Darum gilt der Kampf vor allem um **Aufstellung revolutionärer Betriebsratskandidaten auf den freigewerkschaftlichen Listen.** Der Ruf, hinein in die Gewerkschaften, gilt daher nicht nur allgemein der absolut notwendigen Stärkung und Eroberung der Gewerkschaften durch die revolutionären Arbeiter, er gilt auch der Erkämpfung der freigewerkschaftlichen Betriebsrätelisten, der Besetzung aller Betriebsratsposten mit revolutionären Proletariern.

Was ist der Arbeiter-Korrespondent?

Dies ist ein Genosse, der mit der Arbeiterklasse lebt, mit ihr arbeitet, der seine Klasse liebt, sie durch und durch kennt, der es versteht, dem Rieseln aller Bächlein und Strömungen des Arbeiterlebens zu lauschen und der mit Liebe das wiedergibt, was die Arbeitermasse denkt, fühlt und erlebt

N. Bucharin

Darum, Proletarier, vergeßt in diesen Tagen der Betriebsrätewahl keinen Augenblick die Lehren der großen Revolutionäre Lenin, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht. Der Ruf „Alle Macht den Räten" kann und wird nur dann zur unmittelbaren Tageslosung werden, und das Proletariat wieder in den Entscheidungskampf und zum endgültigen Siege führen, wenn bei der Besetzung aller Positionen in der Arbeiterbewegung und auch jetzt bei den Betriebsratswahlen die Belegschaft eines jeden Betriebes sich die Losung zu eigen macht:

Wir wählen nur rote revolutionäre Betriebsräte!

Vorsintflutliche Zustände auf Grube „Kupferhammer" (Stolleschacht)

(Von unserem Betriebsberichterstatter)

Die Not und die Bedrückung durch das Unternehmertum wird immer größer. Das spüren wir unten im Schacht am meisten. Ein Steiger namens Kolbe tut sich ganz besonders hervor. Er verlangt z. B., daß die Kettenbahner während des Frühstücks arbeiten sollen. Schon aus Betriebsinteresse! wie er sagt. Um uns soviel wie möglich zu schikanieren, läßt er uns Geldstrafen aufbrummen. Sämtliche Förderwagen sind nicht dicht, so daß kein einziger voll auf der Bühne ankommt. Wegen schlechten Füllens sollen wir jetzt 5 Mk. Strafe zahlen. — Das Trinkwasser wird in derart schlechten Kübeln aufbewahrt, daß nicht einmal ein Tier daraus trinken würde. — Wir möchten hiermit die Nachtwächter, die sicher nur aus „Neugierde" so dicht an die Schale herantreten, warnen. Es sollen hierbei sehr viele Unglücksfälle vorkommen.

Nur noch wenige Tage trennen uns von den Wahlen zum Betriebsrat. Keiner wähle Reformisten. Diese rühren keinen Finger, um die Interessen der Kumpels zu vertreten.

Jeder wähle nur revolutionäre Betriebsräte!

Aus dem „Musterbetrieb" Bubiag in Lauchhammer

(Von unserem Betriebsberichterstatter)

Am Donnerstag kam auf der Millgrube der Schlosser E. Rupprecht auf sehr qualvolle Weise ums Leben. Der Sachverhalt ist folgender: Die Arbeitszeit beträgt einschließlich Pausen 12 Stunden. Da hat natürlich jeder Arbeiter das Bedürfnis zu Mittag etwas Warmes zu essen. Eine Wärmeplatte oder dergleichen ist natürlich in diesem modernen Ausbeutungsinstitut nicht vorhanden. Die wenigen, sehr mangelhaften Öfen können infolge des hier herrschenden Antreibersystems nicht in Brand gehalten werden. Die Öfen sind ein Stück Rohr mit Deckel und Schornstein darauf und darauf mag der Prolet sein Futter wärmen. Der Kollege Rupprecht wollte 10 Minuten vor 12 Uhr mittags sein Essen wärmen und wollte zu diesem Zweck Feuer anmachen. Infolge der kurzen Zeit wurde etwas Petzöl zu Hilfe genommen. Die Oeltanne fing Feuer und mit ihr die Kleidungsstücke unseres Kollegen. In der Todesangst rannte er hinaus. Andere Kollegen kamen ihm zu Hilfe und rissen die Brennenden Kleider herunter. Zu spät. Am Abend ist unser Kollege im Krankenhaus gestorben. Wieder ein Opfer kapitalistischer Profitsucht. Man wird allerdings sagen, der Kollege Rupprecht trage durch seine Unvorsichtigkeit selbst die Schuld und nicht die schlechten Arbeitsverhältnisse. Es wird die höchste Zeit, daß endlich die Kumpels dieses Werkes erwachen und daß sie dem gelben Werksverein den Rücken kehren, um sich freigewerkschaftlich zu organisieren.

Hinein in die Gewerkschaften und sie zu Kampforganisationen ausgestaltet. Wählt revolutionäre Betriebsräte!

Gegen die Stahlhelmkapitalistenknechte — für revolutionären Klassenkampf

(Von einem Arbeiterkorrespondenten)

Der Hettstedter Wehrwolf scheint mehr oder weniger eine Niederlage für Arbeitslose zu sein. Das ist wohl auch seine ganze Stärke. In der Hoffnung, durch Vermittlung des Wehrwolfs Arbeit zu bekommen, sind manche verirrte Arbeiter in jene Organisation hineingegangen. Die meisten aber gehen enttäuscht wieder heraus. Denn die Fabrikherren und alles andere profitsüchtige Gewürm sind eben nur dann „Kameraden", wenn sie ihresgleichen vor sich haben und bei der Ausführung gemeinsamer mehr oder weniger dunkler „Geschäfte". An der Arbeitsstätte zeigen sie aber die wahre Fratze und lassen die „Brüderlichkeitsmaske" ganz fallen! Hierfür spricht folgendes Beispiel Bände:

Die Inhaber der Firma Max Remus, Ziegeleibetrieb, sind Mitglieder des Wehrwolf und stehen bei den dort organisierten Arbeitslosen in hohem Ansehen. Besonders Remus jun., weil er die Durchgangsstation zwischen Wehrwolf und Ziegelei ist. Darum geschieht es oft, daß er wegen Arbeit angehalten wird.

So fragte vor einigen Wochen der arbeitslose Wehrwolfjüngling Z. den allmächtigen R. nach Arbeit für sich und seinen Vater. Sofort versprach nun Remus dem Z. Arbeit. Als nun Vater und Sohn im Bureau nachfragen, erhält der Vater Arbeit. Der Junge wird auf später vertröstet. In der stillen Hoffnung, daß der alte Z. dem Stahlhelm beitrete, verspricht ihm Remus sen. Arbeit für immer. Da er aber nicht zum Stahlhelm ging, muß R. doch wohl enttäuscht worden sein, und man versuchte jetzt, dem Z. etwas am Zeuge zu flicken. Die Leute für solche Provokationen sind Remus jun. und Betze, welch letzterer bei R. Fronvogt oder so etwas ähnliches ist. Dieser Liebediener haust in Gemeinschaft mit dem jungen Teutonen wie ein Kannibale auf der Ziegelei. Sie entlassen die Arbeiter (aber nur die, die nicht zum Stahlhelm gehen) ganz nach Belieben und Wohlgefälligkeit. So erging es auch Z. Er wurde wie ein Stück Ballast über Bord geworfen, als er eines Morgens nach Angabe des teutschen Jünglings Remus jun. und seines Kumpanen, den Gernegroß Betze, 2 Minuten zu spät kam (bei den Profitthyänen gehen ja die Uhren frühmorgens immer richtig und die des faulen Arbeiters gehen nach!). Vorbei war's mit der Freud'!

„Doch mit des Wehrwolfs Mächten,
ist kein ew'ger Bund zu flechten —"

Das ist ein treffendes Beispiel dafür, mit welchen Mitteln die Kapitalisten versuchen die Proleten an sich zu ketten. Die Arbeiter können hieraus ersehen, daß es keine Gemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit gibt. Wenn die Arbeitslosen ihre wirtschaftliche Lage bessern wollen, so nur durch revolutionären Klassenkampf und Eintritt in die freien Gewerkschaften.

Revolutionäre Betriebsräte werden auf das Straßenpflaster geworfen

(Von unserem Betriebsberichterstatter)

Am 31. Dezember 1924 wurde der Betriebsratsvorsitzende des Stahl- und Eisenwerkes Frankleben fristlos entlassen. Er und noch einige Kollegen hatten, laut Beschluß des Gesamtbetriebsrates, den Produktionsausfall während der Weihnachtsfeiertage nicht durch Mehrarbeit wieder nachzuholen, durchgeführt und um 4 Uhr den Betrieb verlassen. Er war nicht, dem Willen der Fabrikherren entsprechend, als Betriebsrat den Arbeitern mit dem „guten Beispiel" vorangegangen, an der Hebung der Leistungsfähigkeit des Werkes mitzuarbeiten. (Lies: sich darum zu bekümmern, daß die Profitgier der Unternehmer befriedigt wird.) Diese Kühnheit konnte doch auf keinen Fall unbestraft bleiben. Dafür mußte er büßen.

Die Stahl- und Eisenwerke Frankleben liegen außerhalb Merseburgs, darum ist das Gewerbegericht nicht zuständig. Das Gesuch auf Bewilligung des Armenrechtes wurde kostenpflichtig abgewiesen, da nach Worten des Gerichts, „die Rechtsverfolgung aussichtslos erscheint!" Das ist bezeichnend für die Rechtsauffassung der bürgerlichen Gerichte in der Barmat-Republik, dem Proleten gegenüber. Der Betriebsrat ist einfach nicht mehr zuständig, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Wenn er es dennoch wagt, fliegt er raus. Dahin ist es gekommen durch die Politik der SPD. und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. Auch der letzte Proletarier muß **hinein in die freien Gewerkschaften und diese umgestalten helfen zu einem revolutionären Klassenkampforgan.** Dann erst wird es möglich sein, die Arbeiterschaft vor Unternehmerwillkür zu schützen.

Stickstoffwerke Piesteritz

Eine Hölle

Die Stickstoffwerke Piesteritz können ohne weiteres als Hölle bezeichnet werden. Dort hat sich ein Antreibersystem breit gemacht, das jeder Beschreibung spottet. Vor einigen Jahren war noch eine Belegschaft von über 300 Mann. Diese ist bis auf 120 Mann abgebaut worden. Und das bei acht Oefen. Heute ist die Produktion höher als früher, trotz verminderter Belegschaft. Bei Kohlenbruch ist es schon zur Gewohnheit geworden, den Ofen nicht mehr auszuschalten, sondern bei voller Belastung werden die Kohlen gewechselt. Fehlt ein oder mehrere Arbeiter, so werden keine Ersatzkräfte hinzugezogen, sondern die übrigen Arbeiter müssen die Arbeit mitmachen. Natürlich liegt diese Methode im Interesse der Kapitalisten, während die Arbeiter den Schaden haben — durch Unglücke und dadurch bedingte Mehrarbeit — ohne Mehrbezahlung.

Was sagt denn der Herr Gewerbeinspektor und die Unfall-Berufsgenossenschaft zu den oben geschilderten Tatsachen (der Kohle-Auswechselung bei voller Strombelastung)? Natürlich wird die Sache so geschoben, daß, wenn eine Besichtigung stattfindet, alles in schönster Ordnung befunden wird. Warum? Weil man sich vorher anmeldet und dadurch Gelegenheit gibt, alles so zu schieben, daß eben „alles stimmt". Warum werden denn bei solchen Dingen die Arbeiter nicht gefragt? Dann würden die Herrschaften wenigstens die Wahrheit erfahren. So werden sie doch nur hinters Licht geführt.

Von den Obermeistern übertrifft natürlich einer den anderen in punkto Antreiberei. Der frühere Schiffssteuermann und jetziger Obermeister Uhlemann steht an der Spitze. Bei dem ist jeder Arbeiter ein geborener Faulenzer. Vielleicht kommt man auch mal auf den „Aussterbe-Etat", trotz der Antreiberei. Im Stickstoffwerk ist kein Ding unmöglich. Man wünscht die Kasernenhofzeiten wieder herbei, um das Fußtritteversetzen nicht ganz zu verlernen. Mit den Kriegsgefangenen konnte man's ja machen, nicht wahr, Herr Uhlemann?

Arbeitsbrüder! An Euch liegt es, wenn diese Zustände nicht verschwinden. Reiht Euch ein in die Rote Front! Organisiert Euch wieder. Nur dann könnte Ihr gegen die Verschlechterungen kämpfen. Gerade Ihr Ofenarbeiter, denkt an die Geschlossenheit vor Jahren. Da durfte man Euch nicht alles bieten. **Besinnt Euch! Die bevorstehenden Betriebsratswahlen und Eure Lage verlangen es. Kampf den Ausbeutern!**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250213-15/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Krankenkassenwählen!

Am Sonnabend, dem 14. Februar, von vormittags 10 Uhr bis abends 8 Uhr, findet die Wahl der Vertreter für den Ausschuß der Allgemeinen Ortskrankenkasse Halle (Saale) in den bekannten Wahllokalen statt.

Arbeitnehmer, sichert Euch durch Anfordern der Wahlausweise vom Arbeitgeber Euer Wahlrecht!

Während der Dauer der Wahl ist das Wahlbureau bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse geöffnet.

Wahlrecht ist Wahlpflicht!

In den verschiedensten Flugblättern und Zeitungsartikeln versuchen die Gelben verschiedener Schattierung und die ihnen geistesverwandten Barmat-Sozialdemokraten unter Verbreitung unwahrer, aus den Fingern gesaugter Behauptungen, die jetzige Vorstandsmehrheit zu verdächtigen und eine angebliche Mißwirtschaft festzustellen. Sie handeln nach dem Grundsatz: **„Nur tüchtig mit Dreck beschmeißen, es bleibt schon etwas hängen."** Die kleinste Ursache veranlaßt dieses scheinheilige Gesindel zu Denunziationen an die „vorgesetzte Behörde", das Versicherungsamt, und vom sattsam bekannten Gelben, dem Adieler Zwanzig bis zu den rotarotschillernden Spröte, Gräfe, Roßler, Deininger und Konsorten hoffen sie initiandig, daß der große Bruder, Geheimrat Finger, ihr Zetermordiogeschrei zum Anlaß nimmt, die bösen Kommunisten abzusägen und ihnen zu Einfluß zu verhelfen, weil sie nicht hoffen dürfen, solchen durch die Wahl zu erlangen.

Das halische Proletariat ist allerdings weit davon entfernt, die Heulmeierei und den frommen Augenaufschlag dieser Heuchler für echt zu nehmen, und es tut recht daran. Es hat ja Gelegenheit gehabt, die Tätigkeit derselben im Vorstand und Ausschuß der Allgemeinen Ortskrankenkasse kennenzulernen. Der gelbe Zwanzig hat dabei stets zum Schaden der Angestellten, Arbeiter und Dienstboten gestimmt und ist mit den Arbeitgebervertretern durch dick und dünn gegangen. Ihm würdig zur Seite stand der Vertreter der Sozialdemokratie. Auch dieser konnte sich nicht verkneifen, getreuer Schildknappe des Unternehmertums zu sein. Beide bisher im Vorstand vertretene Richtungen, die Gelben und die Sozialdemokratie, haben nie Anträge gestellt, die eine Verbesserung der Bezüge der Versicherten mit sich brachten, und oft genug sind sie der vom Unternehmertum und seinen Lakaien aufs beste gehaßten Arbeitnehmermehrheit in den Rücken gefallen.

Trotz aller Schwierigkeiten der letzten Jahre, besonders der Inflationszeit, ist die kommunistische Vorstandsmehrheit dauernd bemüht gewesen, die Leistungen der Kasse auf eine höhere Stufe zu bringen und den Beitragsfuß zu erniedrigen. Wenn das gesteckte Ziel leider oft nicht erreicht werden konnte, so liegt die Ursache in erster Linie in den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen, an denen die Gelben und die Sozialdemokraten ein gerüttelt Maß Schuld tragen. Bei allen Maßnahmen und Beschlüssen war die kommunistische Mehrheit durch ein dem Interesse des Kapitals dienende Gesetzgebung beengt, für welche besonders die Ministerkollegen der Zwanzig, Gräfe usw. verantwortlich sind.

Es ist aber mehr als schofel, wenn die Gräfe, Zwanzig usw. versuchen, die kommunistische Vorstandsmehrheit für die Sünden ihrer korrumpierten Führerschaft verantwortlich zu machen und obendrein hieraus noch Kapital schlagen wollen. Die kommunistische Vorstandsmehrheit ist stets bestrebt gewesen, die Ortskrankenkasse zu einem wertvollen Instrument der Arbeitnehmerschaft auszubauen, um dem bei einem angemessenen Beitragsfuß die größtmöglichsten Leistungen erzielt werden. Ein solches Bestreben muß aber zu den schwersten Konflikten mit dem Unternehmertum führen, welches die Sozialversicherung als ein überflüssiges Uebel erachtet. Die pflaumenweichen Kandidaten der Listen Spröte (Sozialdemokraten unter der Maske des Gewerkschaftskartells), Zwanzig (Christen), Kabelitz (Hirsche) und Hoffmann (Nationalisten) werden aber diesen Konflikten ausweichen und die Interessen der Mitglieder um der Harmonie mit dem Unternehmertum willen verraten.

Der aufgeklärte Arbeitnehmer, der das Wohl seiner Klasse im Auge hat, kann nur der

Liste 1

beginnend mit dem Namen

Höcker Johannes

seine Stimme geben.

Die auf dieser Liste enthaltenen Vertreter sind allen Berufsschichten und Betriebsarten entnommen und vertreten den einheitlichen Willen, lediglich den Interessen der Mitglieder zu dienen.

Die Vertreter dieser Liste werden in den Fußstapfen der bisherigen kommunistischen Vorstandsmehrheit weiter wandeln und einen energischen Kampf im besonderen auch gegen Auswüchse innerhalb der Aerzteschaft führen. Selbstverständlich sollen Aerzte, Apotheker usw. eine auskömmliche und würdige Bezahlung erhalten. Es geht aber nicht an, daß ein Drittel bis zur Hälfte des Wochenbeitrages des Arbeitnehmers durch die Aerzte verschlungen wird. Wenn die Kasse die Barleistungen für die Versicherten bisher nicht in wünschenswertem Maße ausbauen konnte, so trifft die Hauptschuld hieran die Aerzte, welche fordern, daß die Kasse auch alle Stümper und Kurpfuscher ihres Berufes unterhält und obendrein noch eine Bezahlung zuteil werden läßt, die die Möglichkeit von Reisen nach Spitzenbergen, Italien usw. gibt. Einzelne Kassenlöwen, deren ärztliches Können stark in Zweifel zu setzen ist, wollen Wochenlöhne von 1000 Mark und mehr verdienen. Aber auch hier werden die Sozialdemokraten und Gelben den Vertretern der Liste Höcker die Gefolgschaft versagen.

Darum, Angestellte, Arbeiter und Dienstboten, wählt die

Liste 1

beginnend mit dem Namen

Höcker Johannes

Intime Knoblauchdüfte

(Fortsetzung)

Das „soziale Verständnis" des Herrn Pfarrer Knoblauch

Der Zeuge Schramm hat weiter berichtet. Nach diesem Vorfall sei der Pfarrer Knoblauch wieder bei ihm gewesen und habe versucht, sich bei ihm anzuschmeicheln, habe ihm eine Hose versprochen, wenn er sie sich bei ihm abholen werde. Er (Schramm) habe ihm entgegnet, daß er eine Hose zwar gebrauchen könne, er sich aber alle weiteren Dinge von ihm verbäte. Daraufhin sei er in das Pastorat gegangen und habe sich die Hose abgeholt. Knoblauch habe ihm gesagt, er müsse eigentlich auf ihn böse sein. Diese Bemerkung sei nicht anders zu verstehen gewesen, als daß Knoblauch dadurch hätte unterbinden wollen, daß er, Schramm, weiterhin andere Leute vor Knoblauch warnen solle. Das Geschenk der Hose sei zu dem Zweck erfolgt, um prüfen zu können, inwieweit Schramm dichtgehalten habe und zu bewirken, daß Schramm über den geschilderten Vorgang künftighin Schweigen bewahre. Späterhin habe der Pfarrer Knoblauch ihm noch einmal ein Kleidungsstück angeboten (diesmal einen Hut), doch habe er diesen **nicht abgeholt.**

Wie man die Zeugenaussagen des Schramm zu vertuschen sucht. Schramm hat, wie wir gestern berichtet haben, dreimal übereinstimmend die hier geschilderten Zeugenaussagen gebracht. Beim dritten Verhör war der Oberpfarrer Knoblauch selbst zugegen, und es wurde nun mit allen Mitteln versucht, Schramm von seinen eindeutigen Zeugenaussagen abzubringen. Die Positur des Pfarrers Knoblauch war während dieser Verhandlung von einer solchen Abgebrühtheit, daß man sie sich nicht drastisch genug vorstellen kann. Mit übergeschlagenem Bein glossierte er aufs frechste die Zeugenaussagen und suchte die Angelegenheit auf ein totes Gleis zu schieben. Seine Ueberheblichkeit und Selbstbewußtheit kannte keine Grenzen. Sie wurde dadurch gestärkt, daß der Untersuchungsrichter nur allzu sehr daran interessiert zu sein schien, die Angelegenheit Knoblauch beizulegen.

Die Fragen nach der politischen und konfessionellen Orientierung des Schramm

Im Anfang der Verhandlungen versuchte der Oberpfarrer Knoblauch, die ganze Angelegenheit **als** eine politische Infamie des Schramm hinzustellen. Schramm gehöre zur Kommunistischen Partei und er suche ihn, weil er entgegengesetzter politischer Anschauung sei, zu erledigen. Obwohl es, juristisch gesehen, geradezu eine Angeberlichkeit ist, einen Zeugen nach seiner Parteizugehörigkeit zu fragen, hat der Untersuchungsrichter dieser Fragestellung stattgegeben. Man verhandelte des breiten und langen über die Parteizugehörigkeit des Schramm. Schramm bestreitet ganz energisch, der Kommunistischen Partei anzugehören. Er habe überhaupt kaum politisches Interesse. Der Pfarrer Knoblauch behauptet, den Schramm mit einer roten Fahne während einer Demonstration gesehen zu haben. Schramm bestreitet das wiederum. Er nehme und habe bislang nur **an einer Art von Demonstration** teilgenommen, und das seien die Festzüge am ersten Mai. Er als Arbeiter lasse sich den ersten Mai nicht nehmen. Als dies alles nichts fruchtet, will der ehrenwerte Oberpfarrer die Unwahrheit der Zeugenaussage des Schramm dadurch erhärten, daß er ihn **als Gewerkschaftsmitglied „denunziert", seine Aussagen als besangen hinstellt, weil er aus der protestantischen Kirche ausgetreten sei.** Knoblauch behauptet, daß Schramm sich an einer Sitzung des Gemeindearbeiterverbandes beteiligt habe. Schramm hat nicht an dieser Sitzung teilgenommen, und er sei in der Lage, den Beweis dafür zu erbringen. Was seinen Austritt aus der Kirche anlangt, so habe er ihn lediglich aus Geldgründen ausgeführt. Er sei in Konfessionellen Dingen vollkommen gleichgültig eingestellt. Daß Schramm sich überhaupt auf das Gebiet ziehen läßt, das mit der Verhandlung aber auch gar nichts zu tun hat und das dazu noch eine unglaubliche Verfassungsverletzung darstellt, beweist zur Genüge, wie gutmütig und unerfahren der Zeuge ist und mit welcher Perfidie der Oberpfarrer gegen den Schramm vorgeht.

Der gefleckte Tiger oder wie man Seelsorge treibt

Zeugenbeeinflussung durch den Pfarrer Knoblauch

Daß er, der Pfarrer Knoblauch, die reine Wahrheit rede, werde auch der Tischlermeister Brauer bezeugen können. Es kommt im Laufe der Verhandlung heraus, daß sich Knoblauch mit Brauer über Schramm verständigt hat, so daß hier ein eklatanter Fall von Zeugenbeeinflussung vorliegt. Brauer werde, so berichtet der Pfarrer, bestätigen können,

Dem Zeugen Brauer hat Schrämm vor Jahren einmal den Fall Knoblauch erzählt. Brauer habe damals, weil er diese Dinge nicht glauben wollte, eine Beleidigungsklage gegen Schramm aufziehen wollen. Er habe mit dem Pfarrer Knoblauch über diese Erzählung des Schramm gesprochen und man hat gemeinsam den Rechtsanwalt Starke aufgesucht, der aber sehr abgeraten hat, eine Beleidigungsklage gegen Schramm anzustrengen. Diesen selben Brauer nun hat der Pfarrer Knoblauch dahin beeinflußt, die Zeugenaussagen in seinem Sinne zu machen. Vorläufig liegt Brauer im Hospital und ist nicht vernehmungsfähig. — Soweit der Fall Schramm. Wenn Schramm jetzt erst seine Aussagen zu Protokoll gegeben hat, so liegt das daran, daß die ganze Affäre Knoblauch jetzt erst ins Rollen gekommen ist und seine Aussagen einen nicht unwichtigen Bestandteil in der Charakteristik dieses Oberpfarrers geben. Schramm hat das öfteren im Kreise seiner Arbeitskollegen scherzhaft über diesen Fall berichtet, was wohl zur Genüge kundtut, **daß Schramm in gar keiner Weise von homosexuellem Gefühls- oder Triebleben berührt ist.** Daß der vorliegende Bericht überhaupt zu unserer Verfügung steht, kann sich der Herr Oberpfarrer und die hallische Justiz selbst zuschreiben. Wenn es dem Gericht auf die Erforschung und nicht auf die Verschleierung der Tatsachen angekommen wäre, wenn das Gericht es nicht zugelassen hätte, daß die Zeugenaussagen des Schramm in einer unglaublichen Art und Weise auf das tote Gleis geschoben worden wären, dann hätte der Schramm wahrhaftig nicht den Weg zum „Klassenkampf" gefunden. So aber ist er durch das Verhalten des Knoblauch, dem das Gericht beistand, zur Veröffentlichung dieser Dinge förmlich gezwungen worden. Jeder unvoreingenommene Leser wird die Zeugenaussagen des Schramm für volle Wahrheit in allen ihren Details halten, zumal sie natürlich im Zusammenhang mit anderen ähnlich gelagerten Knoblauch-Affären betrachtet werden müssen. Der Psychologe, der sich mit den Erscheinungsformen der homosexuellen Liebe vertraut gemacht hat, wird vollends diese Zeugenaussagen des Schramms als psychologisch in jeder Weise evident ansehen.

Wir werden noch weitere Enthüllungen zur Knoblauch-Affäre bringen.

---

deren Vertreter rücksichtslos und ohne jede Abschweifung Euer Interesse nach jeder Richtung hin wahrnehmen werden!

Zeigt durch Eure Abstimmung den Gelben und der Sozialdemokratie (Spröte, Gräfe, Deininger und Konsorten), daß Ihr durch deren bisheriges Verhalten jedes Vertrauen in sie verloren habt.

•

So seh'n sie aus!

Wieder einmal entlarvt!

Wie wir feststellen konnten, schicken die Herren Zwanzig und Konsorten ihr Propagandamaterial sogar an Arbeitgeber. So wurde das Material an Arbeitgeber versandt, die ihre Dienstmädchen zur Wahl der Liste Zwanzig beeinflussen sollen. Damit steht wohl zur Genüge fest, wie die Zwanzig & Cie. arbeiten. Darauf gibt es für alle Arbeitnehmer am Sonnabend nur eine Antwort:

Wir wählen Liste 1, Höcker!

Meß-Mend

22

Roman von Jim Dollar

„Das bedeutet also, daß man die Unglückliche beseitigt hat. Und daraus folgt daß auch Wassilow jeden Augenblick in eine Falle geraten kann. Sie werden auch Wassilow beseitigen wollen, um statt seiner Arthur Rockefeller zu schicken."

„Wassilow fährt mit dem „Torpedo", Mic, Du hast noch Zeit genug. Aber was soll ich mit dem Billett und mit ihren Papieren anfangen? Und wer wird mich bezahlen?" jammerte der ehrliche Johns. Die „Amelie" muß jeden Augenblick abgehen!"

Tingsmaster dachte nicht lange nach.

„Sei mal endlich ruhig", sagte er ihm barsch. Ms. Orton, kommen Sie doch mal schnell herein."

Ms. Orton zeigte sich in der Tür.

„Hören Sie, hier haben Sie Billett und Ausweispapiere. Sie fahren in einer Stunde als die Frau des Kommunisten Wassilow mit dem Dampfer „Amelie" nach Kronstadt. Ihr Mann fährt ebenfalls nach Kronstadt, aber mit dem „Torpedo" Sie haben aus Laune die „Amelie" gewählt. Sie treffen ihn an der Anlegestelle in Kronstadt Sobald Sie Ihn sehen, teilen Sie ihm mit, daß die amerikanischen Arbeiter Sie anstelle seiner Frau nach Rußland geschickt haben um sein Leben gegen Attentate zu schützen und die falsifizierte Verschwörerorganisation aufzudecken... Haben Sie verstanden?"

„Ja", antwortete Ms. Orton. Ich danke Ihnen, Micael Tingsmaster, Sie werden es nicht bereuen, daß Sie mir diese Sache anvertraut haben."

„Warten Sie mal. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man Wassilow beseitigen und Arthur Rockefeller mit Wassilows Papieren nach Rußland schicken wird . . ."

„A- a-a" stieß das Mädchen leise aus.

„Dann nehmen Sie Rache, Ms. Orton. Wenn Sie es verstehen . . . Sie werden als die Frau des Verschwörers gelten, — stellen Sie sich an, als wenn Sie nichts ahnen. Sie werden ihn tagaus tagein beobachten jeden seiner Schritte verfolgen und die Fäden der niederträchtigen Verschwörung aufdecken können. In dem Moment da Sie alle Fäden in Ihrer Hand haben, — unterrichten Sie die Sowjetmacht darüber Haben Sie es verstanden?"

„Ja!" rief das Mädchen aus. „Nochmals, — ich danke Ihnen".

„Du wirst sie sofort zur „Amelie" bringen," wandte sich Tingsmaster an den Dienstmann, „unterrichte Sorrow darüber, — er soll sie mit allem Notwendigen versehen. Sorrow soll während der Fahrt stündlich ein Radio vom „Torpedo" entgegennehmen. Wir schicken den Monteur Bill, der darüber machen wird, daß Wassilow nichts geschieht. Verstanden? Geh' . . ."

„Mic," stöhnte der arme Johns, seinen Bart kraulend, „wem soll ich denn den Rest des Geldes einhändigen und wer wird mir meine Laufereien . . .?"

„Behalte das Geld für dich", rief Tingsmaster und trieb Johns und das Mädchen auf den Weg zum Telegraphenturm.

Eine halbe Stunde darauf nahm eine junge, verschleierte Dame auf dem Dampfer „Amelie" eine Kajüte erster Klasse ein, während der Techniker Sorrow von Johns die Instruktionen von Tingsmaster erhielt.

Dicke Rauchschwaden quellen aus den Schornsteinen, die Schiffsbrücke ist hochgezogen, Deck, Rahen, die zahllosen Fenster der Kajüten sind voller Köpfe, Mützen, winkender Taschentücher. Alles winkt, pfeift, schreit, nickt, und die Menge am Ufer winkt, pfeift, kreischt, nickt den Abfahrenden nach. Der Dampfer „Amelie" beschreibt einen eleganten Bogen und dampft dem fernen Ziele zu.

Beauty's riskantes Unternehmen.

Es wird wohl kaum jemand behaupten können, daß er mit Micael Tingsmaster in einem solchen Zorn gesehen hat. Mic schlug mit der Faust auf den Tisch:

„Diese Schurken! Nicht einmal Frauen verschonen Sie! Wenn ich nur diesen Mann aufspüren könnte!"

„Mend Meß", klang es hinter der Wand.

„Meß Mend", erwiderte er hastig, und der Schornsteinfeger Tom sprang mit der Geschicklichkeit eines Affen ins Zimmer.

„Mic", begann er stotternd.

„Nun?"

„Mic, manche behaupten, daß ich ein Teufel sei, aber ich bin selbst nahe daran, an den Teufel zu glauben. Wie du uns behohlen hast, haben Van-Gopp und ich Tag und Nacht die Patrizianer bewacht. Und immer, wenn wir irgendwo in der Wand sitzen, — hören wir, daß jemand unter uns, ebenfalls in der Mauer, herumschleicht und uns fortwährend bewacht. Und bei Gott, Mic, — mich hat nur die Verleumdung zu einem Teufel gemacht, aber ich schwöre Dir bei meinem Kopf, daß der Kerl unter uns der leibhaftige Satan sein muß . . ."

„Also Ihr hört noch immer im unterirdischen Gang Schritte?"

„Nenne es einen unterirdischen Gang, Mic, aber Van-Gopp und ich nennen es den Teufelspfad!"

Tingsmaster sah Toms breite, schwarze Visage an, wollte ihm kräftig antworten, ließ es aber bleiben und trat mit entschlossenen Schritten zur Tür. Er öffnete sie und rief in die Dunkelheit hinein:

„Beauty! Beauty!"

Ein riesiger, weißer, goldgefleckter Hund stürzte sofort ins Zimmer. Er sprang in großen Sätzen um Tingsmaster, knurrte freundschaftlich, stellte sich auf die Hinterbeine und umarmte seinen Herrn mit der leidenschaftlichsten Zärtlichkeit. Nachdem er sich endlich beruhigt hatte, rollte sich Beauty auf dem Fußboden zusammen und legte den Kopf auf Mic's staubigen Stiefel.

„Beauty", sagte Mic zärtlich, sich zu seinem Freund niederbeugend. Der weiße Schwanz begann energisch zu trommeln.

„Beauty, dir steht eine wichtige Aufgabe bevor, Eine verdammt gefährliche Aufgabe. Verstehst du?"

Der Schwanz gab rhythmisch zu verstehen, daß Beauty zu allem bereit sei

„Ich kann keinen Menschen schicken Beauty, denn es wäre vermutlich sein sicherer Tod. Du wirst dich aber eher aus der Affäre ziehen können. Du mußt wissen, Beauty, daß jener, den wir verfolgen, — der größte Feind deines Herrn ist."

„Rrrrr!" klang es unten.

„Und der größte Feind der Menschheit. Sei also vorsichtig, Freundchen."

„Rrrrr!" Wau—wau!" bellte Beauty in wildem Zorn und legte die Pfote auf Tingsmasters Knie.

„Mic", sagte Tom flehend, „was hast Du vor. Was kann ein Hund gegen den Teufel ausrichten!"

Aber Tingsmaster machte keine überflüssigen Worte. Er sah sich Beauty's Zähne, Ohren und Pfoten an, legte ihr einen papierdünnen Stahlpanzer um die Brust und band an den Halsriemen einen Strick an, an dem Fleischstückchen aufgereiht waren.

„Paß' auf, Beauty: friß nur ein Stückchen im Tag, nicht mehr", sagte er dem klugen Hunde, der jede seiner Bewegungen aufmerksam verfolgte.

Mic blickte um sich, steckte eine elektrische Laterne und einige Kleinigkeiten in die Tasche, winkte Tom zu und machte sich auf den Weg . . .

Kurze Zeit darauf öffnete sich oben vor dem Zimmer ohne Nummer die Tür des Glaschrankes: Mic mit seinem Hunde, Tom und Van-Gopp traten in den Korridor.

Mic drückte auf einen unsichtbaren Knopf, und die Tür schob sich mitsamt Schloß und Riegel in die Wand hinein. Das Zimmer war leer Die Wohnung des Signor Cice machte überhaupt den Eindruck eines unbewohnten Ortes. Das Bett schien unberührt, die Stühle unverrückt, die Vorhänge an den Fenstern waren stets herunter gelassen. Mic schüttelte den Kopf und ging ohne weiteres auf jenen Platz zu, wo sich die Luke befinden mußte.

„Kein einziges Brett dieses Fußbodens trägt unseren Stemmel", flüsterte er seinen Begleitern zu, „mir scheint, daß dies die Höhle eines großen Tieres ist, vielleicht des größten. Alle anderen tanzen nach seiner Pfeife."

Er kniete nieder, nahm eine Lupe aus der Tasche und prüfte lange die Oberfläche des Bodens. Dann sprang er auf und lief zur Wand. Hier war ein winziger Nagel eingeschlagen, an dem ein Wandkalender schief hing. Tingsmaster rückte den Kalender zur Seite und zeigte Tom und Willings eine kaum merkliche Erhöhung unter der Tapete. Er drückte gegen sie, wandte sich dann wieder dem Fußboden zu und beobachtete ihn wieder aufmerksam mit der Lupe. Jetzt zeigte sich zwischen zwei Parkettafeln ein kaum merklicher Spalt. Tingsmaster nahm eine feine Stahlplatte aus der Tasche und begann mit ihr zu arbeiten. Der Spalt verbreiterte sich, das Parkett begann sich zu bewegen, hob sich und nahm eine senkrechte Stellung ein. Unten war ein Gang.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250213-15/fragment/page=0006

Schupofrechheit

(Arbeiterkorrespondenz)

Als zwei Kameraden und ich vorgestern durch die Große Ulrichstraße gingen, versuchten zwei Schupobeamte uns zu provozieren. Sie sahen uns dauernd starr an und warteten vielleicht darauf, daß wir irgend etwas sagen sollten. Wir gingen aber ruhig weiter. Als wir nach zehn Minuten den Weg zurückgingen und an der Großen Steinstraße vorbeikamen, standen die zwei Beamten und unterhielten sich über etwas. Nach etwa zwei Minuten kamen sie scharf hinter uns drein und schleppten ohne weiteres zwei Genossen und zwei Genossinnen auf die Wache. Sie gaben als „Grund" an, daß sie sie vor zehn Minuten verwarnt hätten, nicht stehen zu bleiben. Vielleicht war der Grund darin zu suchen, daß der eine Kamerad die Mütze der Roten Frontkämpfer auf hatte.

Unregelmäßigkeiten auf dem hiesigen Wohnungsamt

Wann wird nun endlich Abhilfe geschaffen?

Man schreibt uns:

Kürzlich war eine Wohnung in der Kl. Schloßgasse 9, bestehend aus Stube, Kammer und Küche, freigeworden. Eine schon lange wohnungsuchende Arbeiterfrau, die auf der Dringlichkeitsliste steht, bewarb sich um die Wohnung, sowohl beim Hauswirt und der Hauswirtin, als auch beim Wohnungsamt. Als die Arbeiterin zum dritten Male zum Wohnungsamt bestellt wurde, sagte man ihr, die Wohnung sei schon vermietet. Als die Frau sich darüber bei der Auskunft (Schmeerstraße) beschwerte, sagte ein Beamter zu ihr:

„Wenn sie Geld haben, können Sie auch eine Wohnung bekommen!"

Sollte das etwa bedeuten, daß auch am hiesigen Wohnungsamt und in der Auskunft Barmat-Methoden im Kleinen herrschen? Ueber die mysteriösen Worte des betreffenden Beamten, dessen Namen wir bis jetzt leider noch nicht feststellen konnten, wäre eine Aufklärung dringend erforderlich.

Die wohnungsuchende Arbeiterin wohnt heute noch in einer menschenunwürdigen Wohnung, nach deren Besichtigung sogar der Kreisarzt und die Baupolizei der Bewohnerin das Freimachen ausstellten, daß die Wohnung in spätestens 8 Tagen geräumt werden müsse. Wenn sogar solche „hohe Herren" sich so über die in der Hirtenstraße gelegene Wohnung äußern, kann man sich ungefähr denken, wie diese „Wohnung" aussieht.

*

Auf dem hiesigen Wohnungsamt herrschen in letzter Zeit Zustände, welche nicht mehr zu ertragen sind. Fast täglich gehen bei uns Beschwerden ein. Es scheinen auf dem hiesigen Wohnungsamt sehr mysteriöse Dinge vor sich zu gehen. Wir sehen uns gezwungen, rücksichtsloses Eingreifen zu fordern. Wir werden uns bemühen, schon in nächster Zeit konkretes Tatsachenmaterial zutage zu fördern. **Auch beim hallischen Barmat-Wohnungsamt muß ausgeräuchert werden.**

Wieder die Friesenschule

Noch ein Prügelfall

Wir berichteten vorgestern bereits über die skandalösen „Erziehungs"-Methoden des Lehrers Herbst von der Friesenschule. Nunmehr wird uns wieder ein Fall von Züchtigung gemeldet. Ein Arbeiter schreibt uns:

Neulich schlug der Lehrer Wicke die Schülerin Herta Kwany, Halle, Anhalterstraße 5, derart mit dem Stock auf den Arm, Rücken und Kopf, daß das Kind heute noch Kopfschmerzen hat. Der „Grund" war, daß das Mädchen an Stelle der aufgegebenen Schularbeiten etwas anderes geschrieben hatte, weil es das Sprachlehrbuch vergessen hatte.

*

Wie der Grund zu dem vorgestern von uns mitgeteilten Züchtigungsfall durch den Lehrer Herbst darin zu suchen war, daß das Kind vom Religionsunterricht befreit war, so liegt der Grund, weswegen der Lehrer Wicke die obengenannte Schülerin schlug, zweifellos darin, daß das Mädchen Mitglied des „Jungspartakus-Bund" ist. **Arbeitereltern! Erhebt Protest gegen die unausgesetzte Mißhandlung Eurer Kinder in der Schule!**

Heute Hermynia-Zur-Mühlen-Abend

Die Genossin Hermynia Zur Mühlen, die dem deutschen Proletariat, dem deutschen Geistesleben überhaupt, insbesondere aber dem revolutionären Teil der Arbeiterschaft, in rastloser Tätigkeit dichtend und übersetzend mehr als hundert wertvolle Bücher geschenkt hat, ist seit Jahren schwer krank. Ihr Leben war jetzt in Gefahr und deshalb haben Freunde und Genossen Maßnahmen getroffen, der kranken Dichterin einen Urlaub im warmen Süden zu verschaffen.

Das hallische Proletariat, das aus „Klassenkampf" und „Wort", sowie aus den Büchern Hermynia Zur Mühlens Leistung genügend kennt — insbesondere die prächtigen proletarischen Märchen und die Sinclair-Bücher —, wird gewiß in großer Zahl zu dem Ehrenabend erscheinen, der **heute, Freitag, abend 8 Uhr** im großen „Volkspark"-Saal stattfindet.

Es wird ein rein proletarischer Kunstabend sein. Zwei dramatische Szenen — „Unter einer Brücke" und „Der Rote Heiland" — werden aufgeführt, einleitend, zwischendurch und abschließend spricht die Genossin Berend-Groa Dichtungen von Hermynia Zur Mühlen. Für die Aufführungen hat der Maler Völker ganz große Bühnenbilder geschaffen; gespielt wird von der „Proletarischen Tribüne".

Die Besucher möchten wir darauf aufmerksam machen, daß die Szene „Der Rote Heiland" im Volkskalender der KPD. Halle-Merseburg für 1925 wörtlich abgedruckt ist und dort nachgelesen werden kann.

Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß der Preis der Einlaßkarten an der heutigen Abendkasse nicht erhöht wird.

Im Saalvorraum ist eine Ausstellung der Zentral-Bezirks-Buchhandlung von sämtlichen Werken der Dichterin.

Es wird gebeten, pünktlich zu erscheinen, da um 8 Uhr begonnen wird und während der Darbietungen die Türen verschlossen gehalten werden.

„Schmiede", der Proletarierfilm

Trotz aller Hemmungen wird nun auch die hallische Arbeiterschaft einen Film des Proletariats: „Schmiede", zu sehen bekommen. Den Bemühungen des Gewerkschaftskartells ist es gelungen, diesen in vielen Städten Deutschlands bereits mit größtem Erfolg vorgeführten Film vom 15. Februar an im großen Saale des „Volkspark" abrollen zu lassen. Das Unternehmertum hat alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Vorführung dieses Films in Deutschland zu unterbinden; es wollte nicht, daß der Arbeiter über seine Lage aufgeklärt wird.

Wenn die Arbeiterschaft eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage will, **so ist notwendig, daß sie sich in den Gewerkschaften zusammenschließt zu revolutionärer Arbeit.**

Durch das Anwachsen revolutionärer Gewerkschaften fühlen sich die Kapitalsgewaltigen bedroht. Darum schufen sie nicht nur Widerstände bei der Herstellung, sondern noch mehr bei der Aufführung des Films. Zu diesem Film ist ein Werbeplakat herausgegeben mit der Aufschrift: „Beamte, Angestellte, Arbeiter! Erobert das Kino für Eure Ideen. Verlangt überall den Film „Schmiede" für den Achtstundentag."

Allein dieses Plakat, das noch nichts von dem Inhalt des „Schmiede"-Films verrät, wurde als „gegen die Interessen des Betriebes verstoßend" bezeichnet und sein Aushang verboten.

Der Anfang einer grundlegenden Verbesserung in der Filmherstellung scheint jetzt gegeben, da der Film seiner wahren Bestimmung zugeführt werden soll: „das Fühlen und Denken der Masse sinnfällig vorzuführen." Sache der Arbeiterschaft muß es sein, durch Massenbesuche zu zeigen, daß sie gewillt ist, dem Proletarierfilm „Schmiede" die Wege zu ebnen und alle Hindernisse zu beseitigen, damit der Film Gemeingut aller Schaffenden wird.

Hallische Frauen, heraus zum Protest!

Die Schließung des Kinderheimes Worpswede durch die Behörden der demokratischen Republik

heißt das Thema, welches am Montag, dem 16. Februar, abends 8 Uhr, im „Volkspark" in einer

öffentlichen Frauenversammlung

behandelt wird.

Arbeiterfrauen! Erscheint in Massen und hört, was die neuesten Methoden zur Niederzwingung des deutschen Proletariats sind.

KPD., Ortsgr. Halle. Abt. Frauen.

Gastspiele der Holtorf-Truppe

Hatte schon die vor kurzem stattgefundene Aufführung des „Totentanz" der Holtorf-Truppe Beachtung gefunden, so wurde das erneut bewiesen durch zwei weitere Gastspiele der letzten Abende im Thalia-Theater. Wies der „Totentanz" ernsten Charakter auf, so sorgte die Truppe diesmal durch die Aufführung Shakespeares Lustspiel „Der Widerspenstigen Zähmung" und der „Komödie der Irrungen" für einige heitere Stunden. Der Erfolg blieb denn auch nicht aus. An beiden Abenden war ein volles Haus gesichert. Der reichlich gespendete Beifall belohnte die Künstler, welche sich durch gutes Zusammenspiel auszeichneten. Reicht auch das temperamentvolle Spiel an das der Russen, welche vor einiger Zeit im Stadttheater auftraten, nicht heran, so erinnert doch die Inszenierung (Kostüme) lebhaft an die russischen Gastspiele (Zwillingsschwestern-Salome). K—l.

* **Kommunistische Kriegsopfer.** Sonntag vormittag 10 Uhr im „Volkspark" wichtige Fraktionssitzung. Alle kommunistischen Kriegsopfer müssen zur Stelle sein.

* **Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit. Am Freitag, dem 13. Februar, abends 8 Uhr, findet die Versammlung unserer Hinterbliebenen- und Frauengruppe im „Volkspark" statt. Aufgabe ist, daß jede Hinterbliebene in dieser Versammlung erscheint. Literatur und sozialpolitische Werke kommen zur Verteilung.**

* **Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Halle.** Am Sonnabend, dem 14. Februar, abends 7½ Uhr, im „Volkspark" wichtige Mitgliederversammlung. Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Versammlung zu besuchen, da wichtige Beschlüsse zu fassen sind.

Halle-Hettstedter Eisenbahn (HHE.)

Die Folgen von privaten Eisenbahnen

Man schreibt uns aus Nietleben:

Bereits des öfteren kam es vor, daß die Halle-Hettstedter Eisenbahn in Nietleben Unfälle verschuldet hat. Der Zug nach Dölau geht bekanntlich in Nietleben über die offene Hauptstraße. Der Schrankenwärter hat neunstündige Arbeitszeit, und zwar von 11 Uhr früh bis 8 Uhr abends. Der nach Dölau fahrende, nach 12 Uhr nachts Nietleben durchfahrende Zug muß **die Hauptstraße überqueren, ohne daß die Schranken geschlossen werden, da die Gesellschaft es nicht für nötig befindet, auch für die Nacht einen Schrankenwärter anzustellen.**

Dadurch daß die Schranken offen standen, haben sich bereits mehrere Unfälle ereignet. Vorgestern abend gegen 12 Uhr wurde wiederum ein Pferd totgefahren, ein anderes wurde verletzt, als ein Besitzer über die Gleise fuhr.

*

Das Treiben der HHE. ist unverantwortlich. Durch die schurkische Personalpolitik der HHE. wird die Nietlebener Einwohnerschaft aufs höchste gefährdet. **Wir fordern, daß**

1. **den betreffenden Besitzer Schadenersatz in voller Höhe des Verlustes zuteil wird;**
2. **ein Schrankenwärter auch für die Nacht angestellt wird, damit die zahlreichen an besagter Stelle bereits vorgekommenen Unfälle für die Zukunft nicht mehr vorkommen können.**

Was wir aber vor allem fordern, ist die volle **Verstaatlichung des gesamten Verkehrswesens.** Bekanntlich ist nach dem Dawes-Diktat auch die Reichsbahn in eine Reichsbahn A.-G. umgewandelt, d. h. faktisch privatisiert worden. Die Folgen haben sich bereits in zahllosen Fällen gezeigt. Der Herner Eisenbahnkatastrophe reihen sich unzählige zwar und leichte Katastrophen an. Mit Menschenleben wird bei der privatisierten Reichsbahn A.-G. nur so gespielt. Der Personalabbau, die Arbeitszeitverlängerung schreiten weiter fort. **Verstaatlichung des gesamten Verkehrswesens, Wiedereinstellung der bereits entlassenen Beamten und Arbeiter, Achtstundentag muß daher die Parole sein.**

Ammendorf

Lieb Ammendorf, magst ruhig sein, am Dienstag zog die Sipo ein.

Die Bourgeoisie, insbesondere der Ordnungsblock, hat schon längst den Ruf nach Verstärkung der Polizei ertönen lassen. An diesbezüglichen Anträgen im Amtsausschuß hat man es auch nicht fehlen lassen. Man glaubte vielleicht, daß dadurch den Erwerbslosen geholfen werden könnte. Diese kann man nämlich durchaus nicht leiden. Man kann es nicht vertragen, daß sie, anstatt hübsch zu Hause zu bleiben, sich auf dem sogenannten „Ei" aufhalten und sich so jeder das Elend mit ansehen muß. Das kann man nicht vertragen; daß bezeichnet man als „Belästigung". Polizei muß heran. Die Arbeitslosen müssen vom Platze vertrieben werden. So rief man. Man sorgte aber nicht für Unterbringung der Erwerbslosen im Produktionsprozeß. Weiter rief man in bürgerlichen Zeitungen: „Die „Roten Frontkämpfer" beherrschen in Ammendorf die Straße; die Ruhe und Ordnung ist dadurch gestört." Denn „Ordnung" ist bei ihnen nur, wenn Stahlhelm und Wehrwolf die Straße beherrschen. Also mußte wieder Polizei her.

Der Herr Landrat hatte auf Grund der Notschreie in den bürgerlichen Blättern ein „Einsehen" und schickte nun endlich Sipo nach hier, welche allabendlich die Straßen abpatrouillieren muß. Ein Anlaß zum Einschreiten ist nie festgestellt worden. Auch bei den „Roten Frontkämpfern" ging alles ordnungsgemäß vor, abgesehen von einigen Burschen, die sich in unsere Reihen eingeschlichen, in Wirklichkeit aber nichts mit uns gemein haben.

Seit Dienstag, den 10. Februar, ist nun ein Kommando Sipo von 25 Mann im „Goldenen Adler" auf unbestimmte Zeit stationiert, zum „Schutze" der hiesigen Bürger. (Nebenbei bemerkt waren schon hier 5 Mann Gendarmerie und 3 Mann Ortspolizei.) Nun wird man endlich ruhig schlafen können. Das Ziel ist erreicht. Als Anlaß dazu dient folgendes: Am Sonnabend gelüstete es einigen Auch-„Roten-Frontkämpfern" nach Schluß der Polizeistunde im „Adler" ein Glas Bier zu trinken. Vom Wirt wurde ihnen das natürlich verweigert wegen der Polizeistunde. Einige Schützen, welche noch da waren, hatten sich viel Mut angetrunken. Mit diesen kamen die Auch-„Roten-Frontkämpfer" in Streit. Die Scheiben des Lokales wurden teilweise demoliert. Darauf wurde das Rollkommando in Halle angefordert.

Gegen das Gebaren einiger Auch-Frontkämpfer gehen wir natürlich aufs Schärfste vor. Mit solchen Radauhelden haben wir nichts zu tun. Für das Verhalten sind die Betreffenden von uns ausgeschlossen worden.

Diemitz

Kleine Ursachen, große Folgen! Noch vor der Wahl war es, als der 18jährige H. aus Diemitz, Mitglied des „Wehrwolfs", einige seiner „Wehrwolf"-Kameraden einlud, um einige wichtige Sachen zu regeln. Die Eltern des H. sind wahrscheinlich nicht zu Hause gewesen. Denn sonst hätte man diesen Vorfall nicht so im Dunkeln lassen können.

Die Wehrwölfe fanden sich ein, um angeblich wichtige Sachen zu regeln. Es gab aber absolut nichts zu regeln, sondern nur zu reinigen, nämlich einen Revolver. Alle stürzten sich sogleich an die Arbeit, nur recht bald dieses „Ding" wieder schußbereit zu machen. Die Teile wurden alle gereinigt und dann eifrig zusammengebaut.

Plötzlich kracht es. Alle Wehrwölfe sehen aus wie die Wand. Keiner kann sich erklären, was los ist. Nur einer, der H. sitzt jammernd auf einem Stuhl. Die Kugel hatte ziemlich stark das Dickbein gestreift. Schnell wurde Fürsorge getroffen, damit ja nichts ans Tageslicht kommt. Doch einige Wochen danach weiß es einer zu erzählen, aber Polizei ist nicht dagegen eingeschritten.

Arbeiter-, Beamteneltern! Nicht oft genug könnt Ihr beteuern, daß Ihr Eure Kinder am Zügel habt. Ihr glaubt, Eure Kinder sind im „Wehrwolf" in guten Händen. Wie Ihr seht, irrt Ihr Euch gewaltig. Dieser Vorfall, dem noch mehr gefolgt ist, der Knoblauch von Halle und nicht von Halle, sind eine Kette ohne Ende. **Heraus mit Euren Kindern aus dem „Wehrwolf"!**

Nietleben

Der für Freitag festgelegte Vorbereitungskursus zur Schulentlassungsfeier kann umständehalber nicht stattfinden. Er findet bestimmt am Sonnabend, dem 14. Februar, abends 6 Uhr statt.

Aus der Jugendbewegung

An alle Ortsgruppen der Kommunistischen Jugend des Saalkreises

Am Sonntag, dem 15. Februar, vormittags 9 Uhr, findet in Halle in der Produktiv-Genossenschaft eine

Unterbezirkskonferenz

statt, zu der alle Ortsgruppenfunktionäre erscheinen müssen.

Unterbezirksleitung Saalkreis.

Verantwortlich: Max Ledemann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Krob Halle Lerchenfeldstraße 14.

Krankenkassenwähler! Uebt morgen, Sonnabend, von 10 bis 8 Uhr, alle Euer Wahlrecht aus und wählt **Liste Höcker—Barth!**

Drei Schlager unserer Fabrik

Schuhfabrik Lonsow Tack & Co. Burghalle

Verkaufsstelle Conrad Tack & Cie., G. m. b. H.

Halle a. d. S., Schmeerstr. 1

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250213-15/fragment/page=0007

Konfirmanden-Anzüge

in blau, marengo, dunkel gestreift und gemustert **Mk. 28,— 32,— 34,— 38,— 42,— 47,— 55,— 62,—**

Unsere Anzüge sind fast ausschließlich im eigenen hiesigen Atelier angefertigt, daher größte Garantie für Qualität, Verarbeitung und Sitz

Neu aufgenommen:

Konfirmandinnen-Kleider

in allen Preislagen

Konfirmanden-Hüte, Wäsche, Krawatten, Handschuhe

265

Endepols & Dunker

Halle an der Saale — **Das führende Bekleidungshaus** — **Gr. Ulrichstr. 19/20**

Reklame-Angebot
Hochwertige
Damenblusen
zum Aussuchen . . . **3.00**
Eleg. Stick.-Prinzeßröcke 3.95
Elegante Hemdhosen mit reicher Stickerei . . . 3.95
Dr.-Hemd und -Beinkleid 3.25
Bestickte Bettbezüge mit 2 Kissen . . 12.50 10.25 9.25
Damast-Bettbezüge . 14.00
Bunte Bettbezüge, beste Couportüren 8.50
Untertaillen 0.45
Pa. Frauen-Barch.-Hemd. 3.25
Weiße Herren-Barchent-Hemden 4.75
Bunte Herren-Barchent-Hemden . . . . von 2.95
Wollene Untersöcke . . 2.50
Elegante Damenkleider in Tuch und Cheviot von 6.50
Kinderkleider in all. Größ. v 1.75
Damenhemden . . von 1.25
Barchente, Kleider- u. Blusenstoffe, Herrenhoden u. -Anzüge, Bettücher u. Schürzenstoffe usw. jetzt äußerst billig
L. Trabert
252 Kleine Ulrichstraße 5

Konfirmanden-Anzüge
haltbare Stoffe, modern gearbeitet
20, 28, 35, 42 Mk. 51
Farb. Prüfungs-Anzüge
schöne Muster 28, 33, 45 Mk.
empfiehlt in reicher Auswahl
Otto Knoll Nachf.
Halle a. d. S., Leipziger Str. 36

Todesurteil bringt **Riesolda**
Läusen, Wanzen
Nähen, sofort bei Mensch und Tier
Verkaufstellen: 33
Halle, Schurig, Steinweg 10
Eisleben, Müller, Badegasse 13
Merseburg, Wengel, Obere Burgstr. 6
Bitterfeld, Ratswall 29
Weißenfels, Pestler, Klosterstr. 27
Wittenberg, Pape, Jurisstenstr. 1

Empfehle allen Genossen und Genossinnen meinen
Herren- u. Damen-Frisiersalon 32
Gute und schnelle Bedienung zugesichert.
Rich. Kuschbauch, Gr. Klausstr. 7

Zm Konfektions-Etagengeschäft kaufen Sie günstig 254
Konfirmanden-Anzüge
Arbeits- u. Sportholen
Bequeme Teilzahlung Schulstr. 131

---

58 **Prima**
Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt
Hugo Hoffmann
Rosichlächterei
Weißenfels, Fischgasse 1

Jugendschriften
empfiehlt die
Volksbuchhandlg.

Anton Cichoszewski
Halle a. d. S., Thomasusstr. 12, Hof III
führt alle Maßarbeiten und Reparaturen in
Schuhwaren
aus und bittet die Genossen um Berücksichtigung bei vorkommenden Fällen

---

Volksbuchhandlung
Eisleben, Rathausstraße 7
empfiehlt
politische u. schöngeistige Literatur
Schreibmaterialien u. Schulartikel
zu äußerst billigen Preisen

Vom Guten — das Beste
Halloria-Edel-Kaffee
stets frisch geröstet
1 Pfund **3,00** bis **4,40 Mark**
Bornscheins Tee
nur allerbeste Qualitäten
1 Pfund **4,00** bis **6,00 Mark**
Halloren-Kakao
1 Pfund **0,75 0,90 1,00 Mark**
Halloria-Mischungen
246 jetzt beliebt mit
10%, 20%, 40% Ia. Kaffee
1 Pfund **0,65 0,90 1,50 Mark**
Otto Bornschein
Großrösterei Halloria
Halle a. d. S., Mittelstraße 21

Merseburg
Räumungs-Verkauf
im 93
Ausstellungsraum der städtischen Werke, Laden (Markt 13)
vom 13. bis 28. Februar 1925
Beleuchtungskörper für Gas und Elektrisch, **Gaskocher, Herde** u. a. m., soweit durch Lagerung teilweise gelitten, zu weit unterm Einkaufswert. **Glasschalen, Ampeln, Seidenschirme, Gaskocher, Brenner** 20 Proz. Nachlaß

Arbeiter-Turnvereine Haynsburg : Breitenbach und Sautzchen :
Sonntag, den 15. Februar:
Bühnen-Turnfest
Anfang 7½ Uhr
Hierzu laden wir Freunde und Gönner herzlichst ein
88 **Der Ausschuß**

Genossenschaft Volkshaus eGmbH. Eisleben
Die unter dem 7. Februar für den 15. Februar nach dem „Volkshaus", Lindenstraße, einberufene 31
ordentliche Generalversammlung wird umständehalber auf Sonntag, den 22. Februar
verschoben. Wir bitten die Genossen, davon Kenntnis zu nehmen
Tagesordnung:
1. Verlesen der Protokolle
2. Geschäftsberichte a) des Vorsitzenden, b) des Kassierers, c) des Aufsichtsrates
3. Wahl des Vorstandes und Aufsichtsrates
4. Statutenänderung
5. Anträge
6. Geschäftliches
Anträge sind drei Tage vor dem Stattfinden der Generalversammlung an den Unterzeichneten einzureichen. Der Zutritt zur Generalversammlung ist mit den eingetragenen Genossen gestattet
Eisleben, den 12 Februar 1925
Der Vorstand. Blohfeld.

Gasthaus zum Bahnhof Dieskau
Zwintschöna
Sonnabend, d. 14. und Sonntag, den 15. Februar
Großes Schlachtefest
Für Unterhaltung ist bestens Sorge getragen
Es ladet freundlichst ein
*52 **Fr. Kaiser**

---

1. Kraft-Sport-Klub Diemitz
M. d. A.-A.-B.
Sonnabend, den 14. Februar, im Geselligkeitshaus zu Diemitz
Maskenball
Hiermit ladet freundlichst ein
248 **Der Vorstand.**
Masken haben freien Eintritt

Operettenabend in Teuchern
Sonntag, den 15. Febr., abds. 7½ Uhr
im Gasthof „Zum grünen Baum"
Die Bratgeiger
Operette aus „Alt Wien" in 3 Aufzügen von Hermann Marcellus
Zirka 30 Personen als Mitwirkende
Spieldauer 2½ Stunden
Kassenöffnung 6 Uhr Anf. 7½ Uhr
Kinder haben keinen Zutritt
Nach dem Theater Ball
Wir laden die Arbeiterschaft ein und versprechen einige fröhliche Stunden
87 **Der Arbeiter-Gesangverein**

Lichtspiel-Theater Wittenberg
Das Meisterwerk der Kinematographie!
Nur 4 Tage! **Freitag bis Montag**
Der erste kolorierte Großfilm
6 Akte **Opfer des Harems** 6 Akte
Eine Sinfonie der Schönheit
Die Frische wählen einen neuen König
Eine Fabel in 2 Akten
29 **Die Waldamsel**
Das Neueste aus aller Welt
Ein Programm von seltener Schönheit

Lichtspiele Piesteritz
Von Freitag bis Sonntag das wundervolle
Nur 3 Tage Programm Nur 3 Tage
2 große Film-Singspiele!
Hannemann, ach Hannemann!
Im Rosengarten der Liebe!
Film-Operette in 5 Akten 28
Heinrich Heines erste Liebe!
Film-Singspiel in 4 Akten
Außerdem als Extragabe:
Persönliches Auftreten des Solotänzers **René Olsen** in seinen äußerst schwierigen, stürmischen, russischen Kunsttänzen
Anfang pünktl. 8 Uhr / Sonnt. 6 u. ½9 Uhr
Trotz des kolossalen Programms **keine** Preiserhöhung

Billig! Billig!
Pa. Auszugmehl Pfd. 24 Pf.
bei 10 Pfd. 23 Pf. 234
Futtermittel billigst
Neue Vikt.-Erbsen 20 Pf.
weiße Bohnen 27 Pf.
Mehl- u. Futtermittelgeschäft
R. Rauschenbach,
Trütztraße und Dessauer Str. 16

Größte Auswahl
Billigste Preise
in
Federbetten, Bettfedern
Bettstellen, Steppdecken
Inletts, Kinderbetten
Matratzen
Zahlungserleichterungen!
Bettenhaus 257
Bruno Paris
Jetzt Kl. Ulrichstraße 2
Eingang Kanzleigasse, 2 Min. v. Markt

Volkspark
Neues Varietee-Programm!
Sonntag 5 bis 1 Uhr. Tanzbetrieb 5 Uhr. Vorstell. beg. 8 Uhr
Zum letzten Male
Verdini, das achte Weltwunder
Verdini entfesselt sich Sonntag, 9.30 Uhr in der Luft hängend
Verdini entfesselt sich Sonntag, in einem Bassin unter Wasser
Dazu die neuen Schlager!
Tanz ab 5 Uhr

Flugplatz-Kasino
Sonntag, den 15. Februar
Großer Ball
ff. Kaffee und Windbeutel mit Schlagsahne 251
Es ladet freundl. ein **Max Weber**

Restaurant „Südpol"
Sonnabend, den 14. Februar [236
Gr. Schlachtefest
Von 10 Uhr an **Wellfleisch**, wozu freundl. einladen **Paul Singer u. Frau**

Zentralverein der Böttcher
Zahlstelle Halle a. d. S.
Sonnabend, den 14. Februar 1925, abends 7 Uhr, 240
im **großen Saale des „Volkspark":**
35. Stiftungsfest,
verbunden mit der Aufführung des **großen historischen Reifenzanzes**
Vor und nach der Aufführung
∴ Ball bis früh ∴
Hierzu ladet Freunde und Gönner freundlichst ein **Der Festausschuß**

Empfehle jeden **Sonnabend früh ½9 und nachmittags ½5 Uhr**
ff. Speckkuchen
sowie v. 3½ Uhr nachm. an frische Wurstwaren
ff. Kuchen — ff. Konditoreiwaren
211 **Max Schröder**
Schmeckstellestraße (Ecke Bremenschänkel)

Werbt für d. Klassenkampf!

Billig kaufen Sie
Ia. frische Landeier, Stück 11 ₰
Feinstes Weizenmehl, 5 Pfd. 100 ₰
Tafelmargarine, Pfd. 110 bis 60 ₰
Schweineschmalz, gar. rein, Pfd. 94 ₰
1 ℔ Kakao, gar. rein
1 ℔ Zucker zus. nur **1,00**
Perlbohnen, vorzügl. koch., Pfd. 30 ₰
Gelbe Erbsen . . . . Pfd. 24 ₰
Eier-Schnittnudeln . . Pfd. 60 ₰
A. Speiser 92
Breitestraße 13

Bekanntmachung
Betr. Erhebung eines städtischen Zuschlages zur Hauszinssteuer
Auf Grund des § 34 des Ges. Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz vom 30. 10. 23 — in der Fassung des Artikels II, 6 der der 2. Pr. St.-V. vom 19. 6. 24 Ges.-S. S. 355 — haben die städtischen Körperschaften beschlossen, vom 1. Januar d. J. an einen beiendem Zuschlag in Höhe von 100 vom Hundert des für die Hauszinssteuer monatlich veranlagten Grundbetrages zur Hauszinssteuer zu erheben. Die Hausbesitzer werden ersucht, diese Steuerzuschläge, welche nach Verhältnis der zu zahlenden Mieten umgelegt werden dürfen, unter Vorlage des Steuerzettels bis zum 15. d. M. mit den übrigen Grundvermögenssteuern usw. an unsere Stadtsteuerkasse zu zahlen 32
Eisleben, den 10 Februar 1925
Der Magistrat

Zweite Auflage!
Parteien
und Klassen im Spiegel der
Reichstagswahlen
Eine Studie über den Charakter der Parteien als Klassenorgane
Mit statistischem Material über die berufliche Schichtung und die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1907 bis 7. Dezember 1924
Emil Eichhorn
M. d. R.
Die Broschüre ist 90 Seiten stark (mit Umschlag versehen) und kostet 80 Pf. Zu haben in der **Bezirks-Zentral-Buchhandlung der Produktiv-Genossenschaft, Halle a. d. S.,** Lerchenfeldstraße 14, oder deren auswärtige Filialen

---

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27
(Volkspark) ca. 5000 Bände
Geöffnet Dienstag und Donnerstag, abends 6 bis 8 Uhr
Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhandlung, Harz 42/44

Unser Sonder-Angebot!

Alzak
Schuhhandelsges. m. b. H.
Schuhhandelsges. m. b. H. 253
Niederlassung Halle, Steinweg 46/47

Arbeitsschnürschuhe	6^{90}	**Damen-Halbschuhe** in verschiedenen Ausführungen	5^{95}	**Kinderstiefel** schwarz, Größe 18/20	1^{95}
Schaftstiefel	12^{50}	**Damen-Lackhalbschuhe** Schnür	10^{95}	**Kinderstiefel** Größe 23/24 mit und ohne Lackkappe	3^{95}
Herr.-Rindbox-Stiefel	7^{95}	**Damen-Schnürschuh** braun	8^{80}	**Konfirmandenstiefel** Größe 36/39	8^{50}
Ledergamaschen schwarz und braun	7^{90}	**Damen-Hausschuh** mit und ohne Spange	4^{75}	**Knabenstiefel** Größe 31/35	5^{95}

Sämtliche anderen Artikel in Filz und Leder in großen Mengen zu allerbilligsten Preisen vorrätig!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250213-15/fragment/page=0008

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Die reformistischen Zerstörer des DMV. weisen die Beschwerde des Genossen Höcker gegen seinen Ausschluß ab!

Bekanntlich wurde der Genosse Höcker wegen „verbandsschädigenden" Verhaltens aus dem DMV. Halle ausgeschlossen. Auf die Beschwerde gegen seinen Ausschluß antwortete der Ausschuß des DMV. folgendes:

Ausschuß des
Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Frankfurt a. M., den 25. Januar 25.

Herrn

Joh. Höcker,

Halle a. d. S.,
Forsterstraße 23, III.

Nachdem das sehr umfangreiche Material, das zu Ihrer am 21. November v. J. eingereichten Beschwerde gehört, bei den Mitgliedern des Ausschusses zirkuliert war, ist der Ausschuß in seiner letzten Sitzung in deren Beratung eingetreten. Sie mußte als unbegründet abgewiesen werden.

Das von der Feststellungskommission über die Beweisaufnahme aufgenommene Protokoll ergibt, daß Sie die Ihnen zur Last gelegten Verstöße gegen die gewerkschaftlichen Grundsätze (!) begangen haben. Da darin eine schwere Schädigung der Organisation enthalten ist, wurden Sie wegen Ihres verbandsschädigenden Verhaltens vom Vorstand aus dem Verband ausgeschlossen.

Der Ausschuß hat sich die Begründung, die der Vorstand seiner Entscheidung beigefügt hat, zu eigen gemacht, und Ihre Beschwerde abgewiesen.

Der Ausschuß
J. A.: Weißig.

*

Das „verbandsschädigende" Verhalten des Genossen Höcker bestand darin, gegen die Spaltung des Bezirkskartells durch den ADGB., gegen die Wegnahme von Eigentum hallischer Arbeiter zu protestieren. Ferner ist er für die Zusammenfassung der mitteldeutschen Arbeiter zum Kampfe für die Erhaltung des Achtstundentages und für die Unterstützung der Erwerbslosen eingetreten.

Um es kurz zu sagen, **Höcker ist ausgeschlossen, weil er Kommunist ist.** Negler, der bei dem Ausschluß mitwirkte, war als Parteisekretär der SPD. zugleich Spitzel für die Reichswehr und für Unternehmerorganisationen. Er sitzt als wohlbestallter Geschäftsführer in Bodwitz. Liebe, Bezirksleiter des DMV. in Sachsen hielt mit den Unternehmern Weingelage ab, sabotierte jede Forderung der Metallarbeiter, betrog den Verband um Reisespesen. Dieser ist zwar seines Postens enthoben, von einem Ausschluß aus dem DMV. hat man bis jetzt noch nichts gehört. Er soll auch schon wieder an anderer Stelle einen Posten ergattert haben. Wahrlich, bevor dieser Augiasstall durch die revolutionären Arbeiter nicht ausgemistet ist, ist ein Zusammenschluß aller Arbeiter auf gewerkschaftlichem Gebiet unmöglich.

Arbeiter, Kollegen! Kämpft für die revolutionäre gewerkschaftliche Einheit! Gebt den reformistischen Spaltern, die Eure Organisation zerschlagen wollen, den Fußtritt. Jetzt erst recht muß die Parole lauten:

Revolutionieren der Gewerkschaften!

Ein Schand-Schiedsspruch im Lohnstreit der Mansfeld A.-G.

Im Lohnstreit der Mansfeld A.-G. wurde am letzten Dienstag folgender Schiedsspruch gefällt:

1. Mit Wirkung vom 19. 1. 25 „erhöht" sich der Schichtlohnsatz des Streikenden von 3,10 Mk. auf 3,75 Mk. — Im gleichen Verhältnis werden die übrigen jetzt geltenden Schichtlohnsätze der Lohntafel „erhöht".

2. Der Schichtlohn der Handwerker beträgt ab 19. 1. 25 3,75 Mk.

3. Die bisherige Schichtlohnzulage fällt fort.

4. Diese Lohntafel kann mit Monatsanfang auf Monatsende gekündigt werden.

Erklärungsfrist bis zum 17. 2. 25.

*

Dieser Schiedsspruch ist ein Schandschiedsspruch im wahrsten Sinne des Wortes. Immer noch wagt man es, den bei der Mansfeld A.-G. beschäftigten Arbeitern unverschämt niedrige „Löhne" anzubieten. Und auch noch die spärliche „Erhöhung" nach dem Schiedsspruch vom letzten Dienstag steht nicht einmal fest. Er ist noch nicht angenommen.

Um wirklich eine durchgreifende Verbesserung der Löhne bei der Mansfeld A.-G. zu erzwingen, gilt es für alle Kollegen, **in die freien Gewerkschaften einzutreten und diese zu Klassenkampforganisationen zu machen, die das Unternehmertum erzittern lassen werden.**

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Halle

Jahres-Generalversammlung

Uns wird geschrieben:

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Halle, hielt im „Volkspark" seine sehr gutbesuchte Jahres-Generalversammlung ab. Der Kollege Fischl gab einen eingehenden Geschäftsbericht für das Jahr 1924, der bewies, daß unser Verband im verflossenen Geschäftsjahr von außerordentlich schweren Kämpfen begleitet wurde. Trotz der Wirtschaftskrise und Inflationsnachwehen und trotz reaktionären Druckes der Behörden ist der Mitgliederbestand stabil geblieben. Aber Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit sowie die Fluktuation der Belegschaften in den Kranken- und Heilanstalten, die sich auf Grund der niedrigen Löhne ergaben, brachten einen kleinen Rückgang mit sich. Die Filiale zählte am Jahresschluß einen Mitgliederbestand von 1650. Der Redner schilderte dann an Hand der vorliegenden Unterlagen den harten Kampf der mitteldeutschen Gemeindearbeiter, die im Jahre 1924 zweimal in den Streik treten mußten. Während im April die Kollegen den Kampf in zwei Tagen beendigen konnten, hatte der Streik im Oktober vorigen Jahres 14 Tage. In allen Städten Mitteldeutschlands ist wiederum erneut festzustellen, daß Aussperrungen bzw. Maßregelungen so gut wie gar nicht vorgekommen und mit Ausnahme der Stadt Halle, wo der Magistrat in unverantwortlicher Weise die Funktionäre und Vertrauensleute unserer Organisation auf das Straßenpflaster warf.

Gleichartig waren auch die Auseinandersetzungen mit den Regierungen um Verbesserung der Lohn- und Gehaltsverhältnisse für die untere Beamtenschaft als auch für die Reichs- und Staatsarbeiter. Den oberen Besoldungsgruppen war man gewaltige Gehaltserhöhungen in den Schoß, während die Pioniere der Beamtenschaft, die in den unteren Besoldungsgruppen sich rekrutieren, mit unverständlich geringen Erhöhungen abgespeist wurden.

Den Kassenbericht erstattete der Kollege Delschläger. Die schwere Krisis des Jahres 1924 wirkte sich auch auf die Finanzverhältnisse aus. Die Gesamteinnahme des IV. Quartals belief sich auf 20 400 Mark. Demgegenüber steht eine gleiche Ausgabe. Leistungsstellen ist, daß gerade im vergangenen Jahre die Krankenziffer außerordentlich hoch in Erscheinung trat und daß gleichzeitig auch die Zahl der Todesfälle außerordentlich hoch ist. An gesamten Unterstützungen wurden im verflossenen Jahre von der Filiale 24 000 Mark ausgezahlt. Es wird nunmehr im neuen Jahre Aufgabe aller Mitglieder sein, für die richtige und pünktliche Durchführung der Beitragszahlung einzutreten, so daß damit auch wieder eine Sanierung der Finanzen vorgenommen werden kann.

Den Bericht der Revisoren erstattete der Kollege Kahnt. In der sehr ausgiebigen Aussprache brachten die Kollegen zur Geltung, daß trotz der Schwere der Kämpfe 1924 alle Kraft gesammelt werden muß, um im neuen Jahre ein starkes organisiertes Arbeitnehmertum den reaktionären Bestrebungen der Arbeitgeber entgegenzustellen.

Die Wahl der Ortsverwaltung ergab als Vorsitzenden die Kollegen Flücht und Kahnt, als Kassierer Delschläger, Schriftführer Bohlmann und Böttcher, als Beisitzer Dera und Deutschbein. Obengenannte Kollegen wurden einstimmig von der Versammlung gewählt, desgleichen auch die Revisoren Hähnel, Lorenz und Nilius.

Unter Punkt Verschiedenes wurde auf die Wahl der Betriebsräte hingewiesen. Jedem Mitglied wurde zur Pflicht gemacht, an der Wahl der Allgemeinen Ortskrankenkasse teilzunehmen. **Kollegen, wählt die Liste Höcker!**

Funktionärsitzung im DMV. Halle

(Von unserem gewerkschaftlichen Mitarbeiter)

Kürzlich fand eine Funktionärsitzung des DMV. Halle statt, die sich mit dem am 2. Februar gefällten Schiedsspruch für die Metallarbeiter beschäftigte. Weiter beschäftigte man sich mit den Betriebsrätewahlen, die eine lebhafte Diskussion hervorriefen. **Es darf keinen Betrieb geben, in dem nicht ein von der Arbeiterschaft gewählter Betriebsrat fungiert. Jeder Betriebsrat muß freigewerkschaftlich organisiert sein.**

Kollegen, wählt revolutionäre Betriebsräte!

Jahresversammlung der Metallarbeiter von Ammendorf

(Von unserem gewerkschaftlichen Mitarbeiter)

Kürzlich fand die stark besuchte Jahresversammlung der Metallarbeiter der Fa. G. Lindner, Ammendorf, nach Arbeitsschluß statt. Gröbel vom DMV. referierte. Er „wunderte" sich über das mangelhafte Vertrauen der Belegschaft zur Organisation. Daß die Reformisten mit ihrer Verräterpolitik daran schuld sind, sagte er natürlich nicht. Die Anwesenden erkannten aber, **daß eine starke gewerkschaftliche Organisation nötig ist, die auf dem Boden des rücksichtslosen Klassenkampfes steht.**

Unter Verschiedenes sprach ein Kollege über die Mißstände im Betrieb. Er prangerte vor allem die Ueberstundenschieberei an zu einer Zeit, da Millionen Erwerbslose auf der Straße liegen. — Darauf hielt Kollege Höcker ein Referat über Wesen und Zweck der IVH. Er forderte auf, der IVH. beizutreten.

Zuletzt sprach ein Vertreter des Erwerbslosenrates. Er ermahnte alle noch in der Produktion Tätigen, zu jeder Betriebsversammlung Vertreter der Erwerbslosen hinzuzuziehen. Zum Schluß gab es noch ein kleines Intermezzo. Ein Kollege forderte alle Anwesenden auf, **sich der einzigen Arbeiterpartei, der KPD., anzuschließen und den „Klassenkampf" zu lesen. Das passte einem SPD.-Betriebsrat nicht.** Nun, das ist auch ein Betriebsrat. Die Kollegen aber wissen, was sie zu tun haben.

Schändliche Machinationen der Reformisten

(Eig. Drahtm.) **Gelsenkirchen**, 12. Februar.

Der Hauptvorstand des DMV. hat die Wahl zur Ortsverwaltung in Gelsenkirchen, in der nur Kommunisten gewählt wurden, **für ungültig erklärt** und Neuwahlen anberaumt. Dagegen wurde die Wahl in Essen, wo durch Schiebung der Reformisten eine SPD.-**Mehrheit zustande kam,** vom Hauptvorstand **als gültig** erklärt.

Wir wählen Kommunisten!

Die hallischen Holzarbeiter delegieren zum Gau- und Verbandstag Kommunisten

Die Kommunisten erringen in den Gewerkschaften immer mehr Erfolge. Die am 10. Februar abgehaltene Versammlung der Holzarbeiter von Halle beschäftigte sich mit den Wahlen zum Gau- und Verbandstag. Zum Gautag wurden die Kollegen Pitzschke (KPD.) und Otto Zöge (KPD.), zum Verbandstag der Kollege Max Pitzschke (KPD.) gewählt. Außerdem wird der Kollege Lehmann (ebenfalls KPD.) als Delegierter zur Gaukonferenz bestimmt. Jetzt heißt es für alle Kollegen, mit allen Kräften zu arbeiten. Ungeheure Aufgaben sind zu lösen. Kollegen, alles an die Arbeit!

Die Gewerkschaftswahlen in Göttingen

(Eig. Drahtm.) **Hannover**, 12. Februar.

Bei den Gewerkschaftswahlen in Göttingen sind bisher folgende Resultate erzielt worden:

Metallarbeiterverband: 2 Kommunisten, 2 Sympathisierende, 2 SPD. Bisher hatten wir keine Vertretung.

Eisenbahnerverband: 3 Kommunisten, 1 Sympathisierender, 2 SPD.

Staats- und Gemeindearbeiter: 6 Kommunisten, 1 Sympathisierender, 2 SPD.

Fabrikarbeiterverband: 1 Kommunist (bisher keinen), 1 SPD.

Bauarbeiterverband: 1 Kommunist, 1 Sympathisierender, 1 SPD.

Bildungsausschuß aus freien gewerkschaftlich organisierten Mitgliedern zusammengesetzt: 4 Kommunisten (bisher keinen), 6 SPD.

Der Wahlausfall hätte besser sein können, wenn unsere Genossen aktiver in den Gewerkschaften gearbeitet und sich restlos an der Wahl beteiligt hätten.

Betriebsrätewahlen auf den Thyssenschächten

(Eig. Drahtm.) **Hamborn**, 12. Februar.

Bei den Betriebsratswahlen auf den Thyssen-Schächten 3 und 7 wählten von 3256 **Wahlberechtigten 1981 Belegschaftsmitglieder.** Es erhielten Stimmen:

Union	636
Christen	239
Syndikalisten (abgespalten von der Union)	468
BAG.	621

Schachtanlage Beckerwerk, Betriebsratswahl:

Union	372	(7 Sitze)
Bergarbeiter	129	(2 Sitze)
Hirsch-Duncker	96	(2 Sitze)

60 Prozent Wahlbeteiligung.

Die Verelendung der Proleten im Siegerland

(Eig. Drahtm.) **Altenkirchen**, 12. Februar.

Die Ausbeuter im Siegerland haben eine **große Offensive** für eine Herabsetzung der Löhne durch Lohnabbau und Akkordregulierung angesetzt. Der Arbeitgeberverband hat den erst am 1. Dezember abgeschlossenen Lohntarif mit der Bearündung gekündigt, daß die Löhne für die Siegerländer Industrie **nicht tragbar seien.** Der Tariflohn eines Hilfsarbeiters beträgt bei zwölfstündiger Arbeitszeit nach diesem jetzt gekündigten Tarif 4,38 Mk. Kinder- und Frauenzulage **einen Pfennig** pro Stunde. Viele Arbeiter **sind** sechzehn und siebzehn Stunden von ihrer Familie entfernt. Auf dem Hüttenwerk in Dissen haben die Arbeiter **alle drei Wochen einmal einen freien Sonntag,** wo sie am Sonntagmorgen von der Nachtschicht kommen und am Montagfrüh zur Tagschicht anfahren.

Eine Rede Purcells für die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung

Der Vorsitzende der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, A. Purcell, hielt am 8. Februar in Coventry eine Rede, der um so größere Bedeutung zukommt, als sie die Antwort Purcells auf die rechten Angriffe gegen den Standpunkt der englischen Gewerkschaftsdelegation in Amsterdam enthält.

Niemals wurde noch in der Geschichte der Arbeiterbewegung eine Gewerkschaftsdelegation, die England verließ, mit solcher Aufmerksamkeit verfolgt wie die, die im November 1924 sich nach Rußland begab.

Die Delegation kann sich nicht beklagen, daß sie nicht eine „gute Presse" gehabt hätte.

Nun wird sie jetzt ihre eigene Darstellung über ihren Besuch geben, und zwar in einer Form, die für die großen Massen der Arbeiterklasse, in deren Namen der Besuch in Rußland erstattet wurde, lehrreich sein soll.

Die Delegation hat die Dinge vom Standpunkt der Arbeiterklasse betrachtet. Ihr Bericht wird daher natürlich einen sehr ausgesprochenen „Arbeiter-Beigeschmack" haben, ebenso wie der Bericht einer Delegation der kapitalistischen Klasse einen arbeiterfeindlichen Beigeschmack hätte.

Es ist wichtig, zu betonen, daß die Delegierten, die in Rußland waren, durchschnittlich seit 32 Jahren Mitglieder ihrer Gewerkschaften sind.

Die Sachverständigen und Ratgeber der Delegation sind Mitglieder der Britischen Arbeiter-Partei, die alle Sprachen kennen, die von Leningrad **bis Liverpool** und von **Carlisle bis Konstantinopel** gesprochen **werden.**

Das sind die „Dummköpfe", **die jetzt das Wort ergreifen.**

Heute will ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Lage der Gewerkschaftsinternationale und der Arbeiterklasse, so wie ich sie sehe und verstehe, hinlenken und außerdem eine Methode vorschlagen, durch die wir am schnellsten die intime Kooporation innerhalb der gewerkschaftlichen Bewegung der ganzen Welt herbeiführen können.

Dieser Vorschlag ist nicht neu. Im Jahre 1864 wurde in England die Internationale Arbeiter-Assoziation gegründet. Die Zwecke der alten Internationale waren: Schutz, vollständige Befreiung **der Arbeiterklasse in wirtschaftlichen und politischem Sinne.** Als Mittel, um diesen großen Zweck zu erreichen, wurde vorgeschlagen, „die Solidarität unter den Arbeitern aller Länder und die Zusammenarbeit der Arbeiterklassen in den verschiedenen Ländern zu fördern". „Die Organisation wird die Arbeiterklasse aller Länder durch ein dauerndes Band der brüderlichen Zusammenarbeit zu vereinigen helfen."

So war England vor 60 Jahren die Geburtsstätte der Arbeiter-Internationale. Heute ist das Bedürfnis einer internationalen Arbeiter-Solidarität noch viel größer. **Ueberall, wohin man geht, trifft man in den kapitalistischen Ländern unzählige Arbeiter, die dem grauenvollsten Elend preisgegeben sind.**

Purcell weist auf die verschiedenen Formen der kapitalistischen Offensive in den wichtigsten Ländern hin und fährt dann in der Analyse der Lage der Arbeiterschaft fort:

In Holland ist die Bewegung in sechs nationale Gewerkschaftsverbände gespalten. In Frankreich gibt es drei, in der Tschechoslowakei drei, in Polen zwei Sektionen. **Deutschland ist gegenwärtig** so gespalten, daß ein Friedestifter der Arbeiterklasse geradezu wie ein Gottgesandter erscheine.

Rußland wird von mehreren Sektionen unterstützt, die für eine energische Kampfaktion sind, und England erscheint heute als ein Mittelpunkt, um den sich die verschiedenen Sektionen gruppieren und so die Wege zur internationalen Einheit der Arbeiterschaft vorbereiten können.

Wie England im Jahre 1864 die Internationale Arbeiter-Assoziation entstehen sah, so kann es jetzt Zeuge der Vereinigung der Arbeiter aller Länder in einer unzerstörbaren Gewerkschafts-Internationale werden.

In diesem Sinne muß die englische Bewegung den Versuch machen, alle nationalen Gewerkschaftszentren in einem einzigen Körper zu vereinigen. **Die vollständige gewerkschaftliche Einheit ist nikkomal wichtiger, als alle Schimpfreden über Bolschewismus.**

Heute ersuche ich Sie, alle den Gedanken zu popularisieren, daß alle Anstrengung gemacht und unterstützt werden muß, um die internationale Einheit und die Teilnahme der russischen und amerikanischen Gewerkschaftsbewegung sowie die aller Länder zu sichern. Wir müssen durch Meetings und Demonstrationen jeden Arbeiter individuell überzeugen, daß die Verwirklichung der internationalen Einheit auch für ihn eine Lebensfrage bedeutet.

Die Bergarbeiterinternationale und Frank Hodges

(Eig. Bericht.) **London**, 10. Februar.

Bekanntlich beschloß die Exekutive der britischen Bergarbeiterfederation, Frank Hodges, einen der gefährlichsten Reaktionäre, als internationalen Sekretär vorzuschlagen. In der Exekutivsitzung der englischen Organisation erhielt Frank Hodges in geheimer Abstimmung ganze 9 Stimmen. Von den 25 Mitgliedern waren mehrere nicht anwesend, so daß diese Schiebung gelang.

In den Bergarbeiterkreisen ist eine große Opposition gegen diesen Beschluß. Die Bergarbeiterverbände von Durham und Lancashire haben bereits gegen die Entscheidung Protest eingelegt. Die anderen Verbände, vor allem South Wales, werden sich dem Protest anschließen. Dieser Protest der Mitglieder hat dann auch verhindert, daß die letzte Sitzung der Bergarbeiterinternationale in Hannover eine Entscheidung fällen konnte. Die Gefahr ist damit keineswegs überwunden.

Die englische Minderheitsbewegung der Bergarbeiter hat ein Flugblatt herausgegeben, in dem die Schandtaten Hodges den Arbeitern ins Gedächtnis zurückgerufen und sie aufgefordert werden, gegen die Haltung der Exekutive Stellung zu nehmen und die Frage des internationalen Sekretärs auf der nationalen Delegiertenkonferenz am 27. Februar zu behandeln. Gelingt dies, so dürfte die große Mehrheit dagegen sein, daß die britischen Bergarbeiter jährlich 50 000 Mark für Ausübung einer arbeiterfeindlichen Tätigkeit durch einen Agenten des Kapitals zahlen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250213-15/fragment/page=0009

Aus unseren Reisemustern
gelangen gute, moderne
BINDER
in vielen Qualitäten zu sehr billigen Preisen zum Verkauf 354
Dauerwäsche-Betrieb Kl. Berlin 2
Eine Treppe – Eingang Siemstraße

Astoria, Weißenfels
Freitag bis Montag:
Das ergreifendste Filmwerk aller Zeiten!
Guillotine
Martyrerin der Liebe
Ein modernes Werk im grandiosen Rahmen der Lichtstadt Paris
1 Prolog u. 6 riesige Akte mit einer Länge von 2 normalen Filmen. Der Film ist bis zum Platzen mit Handlung gefüllt und wurde nur unter großen Schwierigkeiten von der Zensur freigegeben. Ferner 90
Ein seltsames Erlebnis
2 Kapitel aus dem Dickicht des Urwaldes, sowie
Unsere Trianon-Auslandswoche

Weißenfels 84
Arbeiter-Turn- und Sport-Vereinigung 1893
Sonntag, den 15. Februar, nachmittags 3 Uhr, im „Felsenkeller", Burgwerben:

Lumpenball
verbunden mit
allerlei Belustigungen
Hierzu ladet freundlichst ein Der Vorstand

Schwarze Stoffe
für Konfirmation und Trauer
Sammet, Tuch, Gabardine, Cheviot Eolienne, Crêpe, Serge, Popeline
für Kleider, Röcke, Blusen, Jackenkleider in haltbaren Qualitäten zu billigsten Preisen 85
Meter 2,60 3,70 4,90 Mk. und besser
K. Albert Hesse, Weißenfels

Geschäfts-Eröffnung!
Der werten Einwohnerschaft von Stadt und Land zur Kenntnisnahme, daß ich mit dem heutigen Tage ein 91
Seifen- u. Bürstenwaren-Geschäft
Gr. Kalandstraße 36, Ecke Saalstraße
eröffne, und bitte um wohlwollende Unterstützung
Kurt Hohnwald, Weißenfels

Lebensmittel
aller Art empfiehlt 82
W. Eberling
Weißenfels
Brauhausgasse 3, Ecke Promenade
– Marktstand –

Weißenfels 5
Jeden Freitag, Sonnabend, Sonntag
„Zur Erbse"
Da is egal was los!

Handformer
in Grauguß für Schablonenarbeit für dauernd gesucht 94
AMBI-Werk Merseburg

Mutters Gedanken.
Seit ich die Feinkostmargarine „Schwan im Blauband" kaufe, kann ich die Frühstücksbrote viel dicker bestreichen. Sie ist so preiswert, hat köstliches Aroma und feinen Geschmack.
Preis 50 Pfennig das Halbpfund in der bekannten Packung.
Schwan im Blauband frisch gekirnt
Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blauband" das farbig illustr. Familienblatt „Die Blauband-Woche" gratis zu verlangen. *51

Im Verbrauch ist
Prinzeß-Kaffee
nicht viel teurer als Ersatz, da er besonders ergiebig ist. Achten Sie darauf, daß Sie in den Lebensmittelgeschäften Prinzeß-Kaffee in Originalsäcken, nicht lose, erhalt.
Hersteller 2
Braun & Wiegand, Halle

Turnerbund Zeitz e. V.
Sonntag, den 15. Februar 1925, im „Preußischen Hof":

Bühnenschauturnen
Saalöffnung 6
Anfang 7 Uhr
Eintritt numer. Platz 75 Pf., Stehplatz 50 Pf.
T.B.Z.
89 mit Programm
Hierzu sind alle Freunde der freien Turnsache herzlichst eingeladen Der Turnrat

Prima junges Rindfleisch m. Kn. ℳ 80 ₰
alle Sorten Wurst ..... ℳ 1,20
hochfeine warme Wurst ..... ℳ 1,00
empfiehlt
Paul Kalb, Zeitz
98 Neumarkt 13.

Damenhüte vornehme Neuheiten in Seide 5,50 7,50 9,– 11,50
Regenhüte 2,95 4,95
Lederhüte von 12,– an
Sami- u. Plüschhüte v. 5 50 an

Warum bietet Ihnen mein Geschäft große Vorteile?

Herrenhüte neueste Farben und Formen
3,25 4,75 7,25 8,50
Haarhüte 9,50 13,50 14,75
Mützen 1 35 2,35 3,25

Weil ich **nur Kopfbedeckung** führe u. die ganze Sorgfalt **darauf** verwenden kann 86

Spezialgeschäft moderner Kopfbedeckung für Damen und Herren
O. Häring, Weißenfels, Leipziger Str. 12 (im Hause der Färberei Rogosch)

Weil für größte Auswahl u. Preiswürdigkeit sowie für fachmännische Bedienung gesorgt ist

Ueberzeugen Sie sich bitte durch Besichtigung

Die Parole unserer Leser: Alle Einkäufe tätigen wir bei unseren Inserenten!

Unser Ziel!

Die Aufgaben des „Klassenkampf"

In dem gigantischen Ringen zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse um die Eroberung der politischen Macht und die Verwirklichung der sozialen Revolution, ist der „Klassenkampf" geistiger Führer und Bannerträger im blutroten Herzen Deutschlands. Er wird zielklar und streng nach kommunistischen Grundsätzen geleitet und unterrichtet schnellstens über alle das revolutionäre Proletariat interessierende Ereignisse in der ganzen Welt. Daher muß jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte, der sich zur Kommunistischen Internationale bekennt, **Bezieher des „Klassenkampf" sein!**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250213-15/fragment/page=0010